Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286. Mittwoch, den 7. Dezember 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Wer anderen eine Grube gräbt ...

Aus der Moabiter Prozeßverhandlung wird geschrieben:

Es war ein Augenblick stärkster dramatischer Spannung, als am Sonnabend nachmittag der Kunstmaler Weidemann, einer der Angeklagten im Moabiter Krawallprozeß, vor die Schranken trat. Mit lebhafter Stimme und eindrucksvoller Sicherheit erzählte der kleine, sorgfältig gekleidete und sympathisch aussehende Herr seine wunderbaren Erlebnisse, und je mehr er erzählte, desto mehr wuchsen das Erstaunen und die Erregung am Richtertisch, auf der Verteidigerbank, im Zuhörerraum.

Am 2. Oktober, erzählte Weidemann, war ich mit ein paar Freunden im Restaurant. Die Krawalle hatten seit dem 29. September aufgehört, wir freuten uns, daß alles zu Ende war, und dabei trank ich, der ich das Trinken nicht gewohnt bin, wohl ein Glas Bier mehr, als ich vertragen konnte. Als ich dann auf die — völlig ruhige — Straße hinauskam, spielte sich ein Vorgang ab, dessen ich mich nicht mehr entsinnen kann, ich wurde deshalb zur Wache gebracht, gab dort meinen Namen an und wurde wieder entlassen.

Später wurde mir vorgehalten, daß ich gesagt haben sollte: „Es ist eine Gemeinheit, was sich die Polizei alles erlaubt.“ Ein paar Tage nach diesem Vorfall wurde ich zur Untersuchungshaft geholt, in der ich drei Tage lang verblieb. Am 7. Oktober trat man dann plötzlich an mich mit dem Anerbieten heran, daß ich mich

als Sohn eines Kriminalbeamten durch Zahlung einer bestimmten Summe an die Unterstützungskasse der Polizei von dem Strafverfahren freimachen sollte.

Ich war von diesem Anerbieten außerordentlich überrascht. Es war auch nicht die Rede davon, daß ich mich wegen meines Betragens entschuldigen sollte, man verlangte bloß Geld von mir. Nach einigen Tagen wurde ich nun in dieser Sache zum Kriminalkommissar Kuhn geladen, in dessen Zimmer ich einige Stunden warten mußte. Als der Herr Kriminalkommissar eintrat, wandte er sich an mich sofort mit der Frage: „Nanu, wollen Sie nun berappen?“ Ich versprach 10 Mk. zu zahlen, dies war jedoch zu wenig, und schließlich erklärte ich mich zur Zahlung von 25 Mark bereit, setzte aber dem Herrn Kriminalkommissar auseinander, daß ich, durch die Untersuchungshaft schwer geschädigt, nicht den ganzen Betrag sofort erlegen könnte, ich würde also erst 10 Mk. bezahlen und die restlichen 15 Mk. erst später. Darauf sagte Herr Kuhn: „Nein, jüdische Abzahlungsgeschäfte machen wir nicht! Dann nimmt das Verfahren eben seinen Lauf.“ Und so, schloß Herr Weidemann, bin ich hier.

Kurz nach der Abgabe dieser Erklärung, die sich durch die Verlegenheitseinwürfe der beiden Staatsanwälte, die Antworten der Verteidiger, die Unterbrechungsversuche des Vorsitzenden äußerst lebhaft gestaltete, schloß die Sitzung im Zeichen allgemeiner Verwirrung. Den ihn umdrängenden Journalisten erzählte dann Weidemann noch manche pikante Einzelheiten seiner seltsamen Erlebnisse, die er, vom Vorsitzenden gehindert, nicht hatte vorbringen können. Die interessanteste davon ist die folgende:

Vor der Verhandlung mit Herrn Kuhn hatte noch eine andere Vernehmung durch den Kriminalkommissar v. Behr stattgefunden. Auch hier schon war von einer Geldspende die Rede. Als nun Weidemann, wie später wieder bei Kommissar Kuhn, sich zur Zahlung von 10 Mk. bereit erklärte, sagte Herr v. Behr zu ihm: „Mensch, was glauben Sie denn, was Ihnen passiert, wenn Sie vor Gericht gestellt werden! Und da wollen Sie nur mit 10 Mk. davonkommen?!“

Als die Verteidiger zu Beginn dieses Prozesses ihre Haftentlassungsanträge stellten und mit Argumenten der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ausführlich begründeten, trat der Staatsanwalt Steinbrecht ihnen entgegen mit der Begründung, es seien in Moabit ganz furchtbare Dinge geschehen, ein ganzer Stadtteil habe sich im Kriegszustande befunden und sämtliche Angeklagten hätten die schwersten Strafen zu erwarten. Als Herr Steinbrecht so sprach, hatte er aber bereits folgenden Brief an den Polizeipräsidenten geschrieben:

Bei Stellung des Strafantrages ist es anscheinend dort nicht bekannt gewesen, daß der Vater Weidemanns im Polizeipräsidium als Kriminalbeamter angestellt ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß der bisher unbestrafte Weidemann, wie dies die Ermittlungen ergeben haben, infolge seiner Trunkenheit sich zu der Beleidigung hat hinreißen lassen. Vielleicht dürfte es angebracht sein, Weidemann zu veranlassen, sich wegen seines Betragens zu entschuldigen und ihm nahezulegen, einen Geldbetrag an die dortige Unterstützungskasse zu zahlen. Sollte Weidemann dieser Aufforderung nachkommen, so stelle ich anheim, den Strafantrag wegen Beleidigung zurückzunehmen.

Wie der Herr Staatsanwalt die Tatsache, daß er einen solchen Brief geschrieben, mit seiner Erklärung, sämtliche Angeklagten hätten die schwersten Strafen zu erwarten, vereinbaren will, ist ein Rätsel, das zu lösen ihm überlassen bleiben muß. Gelegenheit dazu wird sich ihm ja wohl noch bieten, denn der Fall Weidemann wird aus der öffentlichen Diskussion nicht so bald verschwinden. Zeigt sich doch auch hier wieder, daß in der preußischen Justiz mit verschiedenen Maßstäben gemessen wird. Man fragt nicht „ohne Ansehen der Person“: „Was hat der Angeklagte getan?“, sondern man fragt zu allernächst: „Was ist der Vater des Angeklagten?“ Dann: „Wie ist die Gesinnung des Angeklagten?“, und je nachdem, wie die Antwort für den Frager befriedigend oder unbefriedigend ausfällt, wird der Angeklagte entweder mit Samthandschuhen angefaßt oder von der gepanzerten Faust geschüttelt. Die meisten Angeklagten im Moabiter Prozeß haben nicht mehr auf dem Kerbholz als der Kriminalbeamtensohn Weidemann, trotzdem hat man sie wochenlang in Untersuchungshaft gehalten und hält sie zum Teil noch darin, da sie sich mit einem Vater von ähnlichen Qualitäten nicht auszuweisen vermögen. Ein Preuße kann in der Wahl seiner Eltern eben nie vorsichtig genug sein.

Natürlich bleibt das Verfahren, das man gegen Weidemann einschlug, trotz der geübten „Rücksicht“ auch in anderer Beziehung mehr als sonderbar. Namentlich der Versuch des Kriminalkommissars v. Behr, durch Androhung schwerer Gerichtsstrafen vom Angeklagten einen möglichst hohen Betrag für einen privaten Zweck zu erzielen und die klassische Redewendung des Herrn Kuhn über jüdische Abzahlungsgeschäfte eröffnen tiefe Einblicke in die Intimitäten des preußischen Polizei- und Justizsystems. Armer Jagow (der gleichfalls seine höchste obrigkeitliche Zustimmung zu diesem originellen Bargeschäft gab), armer Steinbrecht! Es steckt doch viel Wahrheit in alten Sprichworten! Ja, ja, wer anderen eine Grube gräbt!

Politische Rundschau

Deutschland.

Der zweite Tag.

Der hohe Seniorenkonvent hatte für die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes einen einzigen Tag in Aussicht genommen, herzlich wenig für diese hochwichtige Materie. Man ist auch in zwei Tagen nicht fertig geworden. Am Dienstag gedieh die Beratung bis § 11. Mit Zähigkeit kämpften unsere Genossen Molkenbuhr, Hoch, Bömelburg, Hue und Severing um jeden Fußbreit Bodens. Es war aber nicht möglich, auch nur einen einzigen über die mageren Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Fortschritt der Mehrheit abzuringen, dessen Führung augenscheinlich das Zentrum hatte. Im allgemeinen blieb unsere Fraktion allein; nur von Zeit zu Zeit stieß ein freisinniges oder ein polnisches Fähnlein zu unserer Kämpferschar. Die Scharfmacher der Rechten redeten fast gar nicht; nur einmal nahm nicht etwa ein Westarp oder Dirksen, sondern ein beiläufiger von Bolko das Wort. Dafür halfen sie natürlich wacker alle Verbesserungs-Anträge niederstimmen. Etwas redseliger waren die Nationalliberalen, die aber auch nur dritte Garnitur, Memeler Schmabachs und Reußer Horns vorsandten. Das Scharfmachertum verschiedener Grade hatte wenig Ursache sich anzustrengen, da die Renommierarbeiter und Wortsozialpolitiker der Antisemiten und Ultramontanen, die Behrens, Schirmer, Trimborn die Aufgabe, jeden wirtschaftlichen Fortschritt zu verhindern, geradezu glanzvoll lösten. Für solche Mühewaltung wollten diese Herren sich auch ein Vergnügen leisten. Und so stimmten sie denn mit der freisinnigen und sozialdemokratischen Linken für die Aufrechterhaltung der immerhin bedeutsamsten Kommissionsverbesserung der Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter. In treuer Erfüllung der Befehle der Dirksen und Westarp hatte Delbrück dieser Verbesserung nochmals ein „Unannehmbar“ entgegengesetzt. Die Behrens und Trimborn denken nicht daran, dieses Unannehmbar zu brechen. Herrn Behrens entschlüpfte das unvorsichtige Wort, daß er in dieser Lesung für Aufrechterhaltung des Kommissionsbeschlusses stimme, womit der Umfall in dritter Lesung deutlich genug annonciert ist. Vielleicht haben manche dieser Talmi-Sozialpolitiker schon auf eine Ablehnung in zweiter Lesung gerechnet und der entschieden größere Teil des Zentrums stimmte ja auch mit den Westarp, Dirksen, Bruhn usw. der Rechten. Wohl nur die stärkere Besetzung der Linken — speziell unsere Fraktion war fast vollzählig zur Stelle — entschied diesmal im Hammelsprung für die Aufrechterhaltung der Kommissionsverbesserung.

Auch sozialpolitisch assimiliert sich immer mehr das Zentrum der Rechten. Im Hervortreten dieser Tatsache liegt vielleicht die Hauptbedeutung der Dienstagssitzung des Reichstags.

Die Budgetkommission

begann Dienstag mit der Beratung der Fernsprechgebühren-Ordnung. Gegen die Regierungsvorlage, die unter Abschaffung der bisher zulässigen Pauschalgebühr nur Grund- und Gesprächsgebühren zulassen will, wurde lebhaft angekämpft. Die Regierung fordert im Ortsfernsprechnetz eine Gesprächsgebühr von 4 Pfg. Zum Ortsverkehr gehören Anschlüsse, die nicht weiter als 5 Kilometer von der Vermittelungsstelle entfernt sind. Ein nationalliberaler Antrag will neben der Grund- und Gesprächsgebühr auch die Pauschalgebühr zulassen, abgestuft nach der Zahl der Anschlüsse. Ein Zentrumsantrag will die Pauschalgebühr nach der Zahl der Verbindungen bemessen. Offenbar ist der Zentrumsantrag mit der Regierung vereinbart worden, denn der Staatssekretär begründete förmlich den Zentrumsantrag. Gegen jede Reform, die etwa ein Defizit bringen könnte, wendete sich der Staatssekretär, wobei ihn die Redner der bürgerlichen Parteien lebhaft unterstützten, besonders das Zentrum und die Konservativen. Angekündigt wurde eine Erhöhung der Gebühren für die Nebenstellen der Anschlüsse. Die Regierung will erst die Gebühren für den Fernverkehr geregelt wissen, je nach dem Ausfall soll dann der Ortsgebührenverkehr gestaltet werden. Die Konservativen wollen vorzugsweise eine Ausdehnung des Telephons auf dem Lande, ob die Industrie und die Städte geschädigt werden, ist ihnen gleich. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie an der Pauschalgebühr unter allen Umständen festhalten und forderten Auskunft, ob tatsächlich die Regierung die Anlagekosten zu hoch angebe, wodurch ein falsches Bild über die Rentabilität des Telephonbetriebes entsteht. — Fortsetzung der Debatte Mittwoch.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages.

In der Sitzung am Dienstag regte Abg. Neumann-Hofer zunächst an, ob die Kommission nicht Veranlassung nehmen wollte, den Antrag an das Plenum zu stellen, daß die Wahlen, die von der Kommission geprüft seien, sofort nach dieser Prüfung im Plenum zur Beratung kämen. Dadurch werde dem unwürdigen Kuhhandel, wie er sich bei der letzten Wahlprüfung im Plenum abgespielt habe vorgebeugt.

Abg. Wilkens (Kons.) meint, das werde jetzt keinen praktischen Erfolg haben, da ja bald ein neuer Reichstag gewählt werde, der dann über die Wahlprüfungen zu befinden habe.

Der Abg. v. Treuenfels (Kons.) plädierte bei dieser Gelegenheit für die Überweisung der Wahlprüfungen an einen unparteiischen Gerichtshof.

Abg. Geyer (Soz.) erklärte, ein praktischer Erfolg ist durch die Ausführung der Absicht Neumann-Hofers nicht erzielt. Das Schachergeschäft zwischen den Parteien, an dem sich auch die Fortschrittliche Volkspartei beteiligt habe (Handelsobjekt Enders-Sonneberg), werde dadurch nicht beseitigt. Wünschenswert sei aber, daß die Wahlprüfungen schneller vollzogen werden, deshalb sollte im Seniorenkonvent angeregt werden, daß, sobald ein Bericht von der Wahlprüfungskommission fertiggestellt wird, dieser sofort zur Beratung an das Plenum gelangt. Der Vorsitzende wünscht ebenfalls, daß diese letztere Frage im Seniorenkonvent angeregt wird.

Dann schritt die Kommission zur Beratung der Wahl Kleye (Nl.), die vom Plenum an die Kommission zurückverwiesen wurde, weil die Mehrheit des Plenums von den bisherigen Grundsätzen der Wahlprüfung abwich und die amtliche Wahlbeeinflussung, die bisher als unzulässig betrachtet wurde, freigab. — Der Referent Abg. Fischer (SD.) hält an dem bisherigen Standpunkt der Kommission fest und beantragt wiederum Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die Mehrheit der Kommission entschied sich jedoch — nachdem auch die weiteren Protestpunkte erörtert waren, die die Wahl nicht gefährdeten — für Gültigkeit der Wahl, d. h. sie machte den Umfall der Mehrheit des Plenums, durch den erst der Kuhhandel ermöglicht wurde, mit.

Pommern als preußische Vendee.

Der durch seine Rede gegen die Presse auch weiteren Kreisen bekannt gewordene Oberpräsident von Maltzahn hielt anläßlich eines Festessens in Barth eine Rede, in der er sagte, daß es bei uns glücklicherweise

nicht vorkommen könne, daß man den König wie einen auf Kündigung angestellten Beamten behandelt und eventuell wegjagt. Die Provinz Pommern speziell stehe im besonderen Zusammenhange mit dem Herrscherhause, was in den Besuchen des Kaiserpaares und in dem Umstande seinen Ausdruck findet, daß drei Söhne des Kaisers pommerschen Regimentern angehören. Die Pommern hätten deshalb alle Ursache, den Bestrebungen von Personen, die sich an den Kaiser heranwagen, sein Auftreten zu kritisieren wagten, entgegenzutreten und sie zu bekämpfen.

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.

Das soeben erschienene Oktoberheft der „Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden" veröffentlicht die Ergebnisse des Schiffsgüter- und Flußverkehrs auf badischen Rheinhäfen von 1900 bis 1909. Vom ältesten und bedeutendsten Hafenplatz Mannheim sollen folgende Resultate vermerkt werden: Im Jahre 1909 verkehrten in den Mannheimer Hafenanlagen 30 364 Schiffe mit 5,6 Mill. Tonnen Schiffsgütern. Ferner 214 Flöße mit rund 70 000 Tonnen Floßholz. Der jährliche Durchschnitt des letzten Jahrzehnts zeigt einen Gesamtgüterverkehr zu Wasser von 5 472 288 Tonnen. Das letzte Betriebsjahr weist gegenüber dem Verkehr von 1900 ein Mehr von 7,2 Proz. auf. In den Mannheimer Verkehrszahlen macht sich der Ausbau der Oberrheinhäfen (Rheinau, Karlsruhe, Kehl, Straßburg) verkehrsentlastend geltend; die allgemeine wirtschaftliche Krise trug wesentlich dazu bei, daß in den beiden letzten Betriebsjahren die Gesamtverkehrsziffer sank auf 5,70 Mill. Tonnen gegenüber 6,9 Mill. Tonnen im Jahre 1907. Im Mannheimer Hafen entfallen 83,3 Proz. des Gesamtverkehrs auf die Zufuhr und 16,7 Proz. auf den Versand. Die Hauptzufuhr bringt rheinaufwärts: Mais, Erden, Petroleum, Hölzer, Salz, Weizen und Steinkohlen. Abgeführt wurden: Salz, Steinkohlen, Zement, Hölzer, Steine, Papier.

Ein abgeschüttelter Wahlrechtsfeind.

Der nationalliberale Professor Sunkel in Kassel hat jüngst in zwei Artikeln, die er im Scherlschen „Tag" veröffentlichte, von den Nationalliberalen verlangt, daß sie endlich einmal ganz offiziell sich für eine Abänderung des Reichstagswahlrechts erklären sollen. Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen war den Nationalliberalen das Vorgehen des Professors Sunkel natürlich höchst peinlich und sie haben den Mann nun auch in aller Form abgeschüttelt. Der nationalliberale Reichstagskandidat für Kassel, Landtagsabgeordneter Dr. Schröder, erklärte in einer Versammlung, wenn ein bisheriges Mitglied der nationalliberalen Partei sich gegen die Beibehaltung des Reichstagswahlrechts ausgesprochen habe, so habe es sich damit außerhalb des Programms der Partei gestellt und damit bekundet, daß es nicht mehr zur nationalliberalen Partei zugezählt werden kann. Der Landtagsabgeordnete Dr. Schröder steht auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen und seine warme Begeisterung für das Reichstagswahlrecht ist jedenfalls nur wahltaktischen Erwägungen entsprungen.

Ein neues Seeunfallgesetz.

Dem Reichstag wird in seiner gegenwärtigen Tagung, wie die „Post" erfährt, nach der Entwurf eines Seeunfallgesetzes zugehen, durch welches das Gesetz, betreffend die Untersuchung von Seeunfällen abgeändert wird. Im vorigen Jahre ist ein Vorentwurf veröffentlicht worden, der den Interessenten zur Begutachtung unterbreitet wurde. Auf Grund der eingegangenen Antworten hat der Bundesrat nunmehr eine Vorlage festgestellt, die dem Reichstag nach Neujahr zugehen wird. Dem Vorsitzenden des Seeamtes sollen größere Machtbefugnisse eingeräumt werden, um eine Beschleunigung der seeamtlichen Untersuchung herbeizuführen. Auch für die Entziehung der Gewerbebefugnis werden andere Grundsätze aufgestellt. Diese soll bereits eintreten können, wenn der Inhaber derselben als unfähig für seinen Beruf erkannt wird, ohne, daß erst gewartet werden muß, bis er durch seine Unfähigkeit einen Seeunfall wirklich herbeigeführt hat.

Über die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher

sprach sich der bayrische Justizminister Miltner in einer Diskussion aus, die im akademisch-juristischen Verein in München gepflogen worden ist. Der Minister wies darauf hin, daß die Strafrechtsbehandlung Jugendlicher in ihrer Bedeutung noch immer nicht hoch genug angeschlagen werde. Sie stehe in engem Zusammenhang mit der modernen Sozialwissenschaft. Die Einwirkung sozialer Erscheinungen auf die Kriminalistik träte gerade bei den Jugendlichen besonders klar in die Erscheinung, denn der Jugendliche falle dem Zwange sozialer Verhältnisse weit leichter zum Opfer als der Erwachsene. Aufgabe der ganzen Gesellschaft sei es, daran mitzuhelfen, daß einmal bestrafte Jugendliche nicht weiter auf der Bahn des Verbrechens getrieben werden. Hier handele es sich in des Wortes vollster Bedeutung um die Zukunft der ganzen Nation.

Die Alldeutschen als Agitatoren für die Schiffahrtsabgaben.

Auf dem alldeutschen Verbandstag in Dresden versuchten eine Anzahl Vertreter den anwesenden Österreichern die Überzeugung von der Notwendigkeit der Schiffahrtsabgaben beizubringen. Sie fanden mit diesem Beginnen bei den Österreichern aber keine Gegenliebe, vielmehr erklärte der Reichsratsabgeordnete Dr. Urban, daß die österreichische Regierung sich nach wie vor ablehnend verhalten und unter keinen Umständen bereit sein werde, den preußischen Wünschen nachzukommen.

Gegen die Schiffahrtsabgaben

haben sich die sämtlichen badischen Handelskammern schon im Vorstadium der Verhandlungen ausgesprochen. Aus Konstanz kommt jetzt ein neuer Protest, den die Plenarsitzung der dortigen Handelskammer dem Reichstag zusendet. Sie vermißt in der Begründung des Gesetzentwurfes „jeglichen Nachweis für die wirtschaftliche Berechtigung einer solchen Maßnahme", jeden Beweis dafür, daß die „Abgaben unter Zugrundelegung der vorgeschlagenen Einheitssätze die Möglichkeit der Ausführung der im Programm vorgesehenen und noch später in dasselbe aufzunehmenden Stromprojekte garantieren." Es heißt in dem Proteste:

„Nach wie vor kann die Handelskammer Konstanz in der Erhebung von Schiffahrtsabgaben nur eine verkehrsfeindliche Maßnahme erblicken, durch welche namentlich die ohnehin schon wirtschaftlich benachteiligten, an dem oberen Teil der Flußläufe befindlichen Erwerbsstände geschädigt werden. Selbst eine etwa zu erlangende Zusicherung, daß mit Hilfe der Erträgnisse der Schiffahrtsabgaben die Schiffbarmachung der Stromstrecke Straßburg-Bodensee zur Ausführung käme, läßt unserer Kammer die Übernahme der mit den Abgaben verbundenen Opfer nicht gerechtfertigt erscheinen."

Die Handelskammer schildert den schweren Konkurrenzkampf, den im Oberrheingebiet in neuerer Zeit Industrie, Handel und Gewerbe zu bestehen haben wegen der hohen Frachtauslagen für Rohmaterialien und wegen der erheblichen Versandkosten für die Fertigfabrikate. Trete einmal die Großschiffahrt auf dem Rheine bis Konstanz ein, so würde sich durch die projektierten Schiffahrtsabgaben der erwartete Vorteil wieder aufheben. Es wäre die Abgabe nach Tonnenkilometern eine Belastung, welche die am Oberlaufe des Rheins ansässige Geschäftswelt gegenüber den Unternehmungen am Mittel- und Unterlauf benachteiligt. Würde für das Ausland die Freigebung des Durchgangsverkehrs erfolgen, dann wäre ein Teil der badischen Industrie am Oberrhein ruiniert oder gezwungen, in die Schweiz überzusiedeln.

Wilhelm Bruhns Reichstagskandidatur.

In Friedeberg (Neumark) fand eine antisemitische Vertrauensmännerversammlung statt, die aus allen Teilen des Reichstagswahlkreises Friedeberg-Arnswalde, den bekanntlich Herr Wilhelm Bruhn im Reichstage vertritt, beschickt war. Nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Herausgebers der patriotischen „Wahrheit" wurde diesem das Vertrauen der Delegierten ausgesprochen und er von neuem als Kandidat für die nächste Reichstags- und Landtagswahl aufgestellt. Zugleich wurde von den Vertrauensmännern beschlossen, als Kandidaten der Reformpartei für Ost- und West-Sternberg, Herrn Fröhlich-Berlin und für Schlochau-Flatow Herrn Dr. Pflug-Berlin aufzustellen.

Unbestätigte Sozialdemokraten.

In Löbschütz bei Kahla im Altenburgischen besitzt die Sozialdemokratie seit Jahren die Mehrheit im Gemeinderat. So oft nun ein Sozialdemokrat zum Gemeindeältesten oder Gemeindevorsteher gewählt wird, wird er regelmäßig von der Aufsichtsbehörde nicht bestätigt. Vor Jahren passierte das dem Genossen Schulze, der als Gemeindevorsteher nicht bestätigt wurde, jetzt ist hintereinander zwei zu Gemeindeältesten vorgeschlagenen Sozialdemokraten die Bestätigung versagt worden. Da aber die Mehrheit des Gemeinderats entschlossen ist, nicht nachzugeben, kann das Spiel von Wahl und Nichtbestätigung von Gemeindebeamten noch eine ganze Weile dauern.

England.

Wahlergebnisse. Bis gestern abend 10 Uhr waren gewählt: 101 Liberale, 138 Unionisten, 19 Vertreter der Arbeiterpartei, 26 Anhänger Redmonds. Die Liberalen gewannen 10, die Unionisten 12, die Arbeiterpartei 2 Sitze.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend im Jahre 1910.

Man schreibt uns:

Es war eine arbeitsreiche, aber auch eine erfolgreiche Zeit, welche der Konsumverein für Lübeck und Umgegend in den fünf Jahren seines Bestehens zurückgelegt hat. Nicht ganz 100 Genossen waren es, die im Jahre 1905 die Genossenschaft gründeten, und nun sind weit über 3000 Mitglieder vorhanden. Anfänglich ein kleines Häuflein, welches einen einzigen Laden in der Fleischhauerstraße unterhielt und einen Umsatz von wenig über 3000 Mk. monatlich machte, sind es heute 12 Warenabgabestellen mit einem Gesamtumsatz von 796 778,72 Mark, die der Verein unterhält. Aber nicht nur Lübeck allein, sondern das ganze Gebiet von Schlutup bis hinauf nach Eutin ist das Ausbreitungsgebiet.

Genau wie die äußere Ausdehnung hat auch die innere Festigkeit gewonnen. Die angesammelten Fonds, die im ersten Geschäftsjahre die bescheidene Höhe von 2,84 Mk. aufwiesen, haben nach den diesjährigen Zuschreibungen die ansehnliche Summe von fast 10 000 Mk. erreicht. Das Geld allein tuts freilich nicht, die Art, wie dieser Fonds verwendet wird, ist es, die Beachtung verdient. Während der größte Teil des Kapitals die Reserven des Vereins bilden, hat er sich für seine arbeitslosen und kranken Mitglieder einen Warenvorschußfonds und für besondere Fälle einen Dispositionsfonds geschaffen; außerdem ist ein Baufonds vorhanden. Damit noch nicht genug, wurde den an der Bauarbeiterausperrung beteiligten Mitgliedern mitten im Geschäftsjahre eine Abschlagsrückvergütung gewährt, um zu verhindern, daß die Mitglieder, die bis dahin treu zu uns gestanden, nun zum Krämer gehen und borgen mußten.

Die Sparkasse der Genossenschaft hat sich im verflossenen Jahre einer äußerst regen Frequenz zu erfreuen gehabt. Betrugen die Einlagen am Schlusse des Vorjahres 53 304 Mk., so sind sie im Laufe des verflossenen Jahres auf 99 552 Mk. gestiegen und bildet somit die Zunahme der Spareinlagen den Gradmesser des Vertrauens, welches der Genossenschaft entgegengebracht wurde. In dieser Einrichtung haben sich die Mitglieder einen Notgroschen ersparen können, um den großen wirtschaftlichen Kämpfen gewappnet gegenüberzustehen.

Die Bilanz des Konsumvereins balancierte in Aktiven und Passiven mit 239 718,21 Mark, die Überschuß- und Verlustrechnung mit 118 912,51 Mk. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 45 084,50 Mk. gegen 32 717,75 Mk. in 1909.

Noch in keinem Jahre hat der Verein so viele Mitglieder gewonnen, wie im verflossenen; das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeiterkongresse dieses Jahres, der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen und der Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie in Magdeburg, sich mit der Genossenschaftsfrage zu beschäftigen hatten. Beide Kongresse erkannten an, daß die Genossenschaften ein Mittel im Klassenkampfe und geeignet sind, dem Arbeiter sowohl als Konsument wie als Produzent Vorteile zu gewähren. Der Beschluß des Kopenhagener Kongresses wurde auf dem Hamburger Genossenschaftskongreß durch folgende Entschließung akzeptiert: Der Internationale Genossenschaftskongreß begrüßt, ohne auf irgendwelche Fragen der Politik Bezug zu nehmen, den Entschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, durch den die Einheit und Selbständigkeit der deutschen Genossenschaftsbewegung und der hohe Wert und die Bedeutung der Konsumorganisation für die Arbeiterklasse anerkannt wird und die Arbeiter aufgefordert werden, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und zu bleiben.

Für die deutschen Arbeiter ist von größerer Bedeutung die Stellung des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie zu den Genossenschaften im allgemeinen und den Konsumvereinen im besonderen. Nachdem im ersten Teile der Magdeburger Genossenschafts-Resolution die Art und das Wesen der Genossenschaften behandelt wird, haben die beiden letzten Absätze (Antrag 92) folgenden Wortlaut:

„Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen."

Und daß die Arbeiter verpflichtet sind, in den Genossenschaften fest zusammenzuhalten, beweist nicht zum mindesten der Umstand, daß unsere Lübecker Behörden seit länger denn einem Jahre sich den Kopf zerbrechen, wie sie diesem verhaßten Verein am sichersten eins auswischen. Mit dem gemeinen Recht ist den Genossenschaften in Lübeck nicht beizukommen, und so versuchen es unsere Behörden mit Ausnahme-Steuergesetzen. Wenn ein Arbeiter in Lübeck sich ein Brot der Genossenschaftsbäckerei kaufen will, dann hat er erst einmal die im ganzen Reich als äußerst drückend empfundenen Getreidezölle, und weil es in der Genossenschaftsbäckerei hergestellt ist, eine Umsatzsteuer zu bezahlen; besitzt nun gar der Konsument die Unverschämtheit und entnimmt dies Brot einer Warenabgabestelle des Konsumvereins, dann hat er diese Umsatzsteuer nochmals zu entrichten. Also eine Ware dreimal besteuern, das nennt man in Lübeck „Recht", trotzdem es den Gemeinden verboten ist, nach Inkrafttreten des Zolltarifs Oktroi auf Lebensmittel zu erheben.

Von allen Seiten wird gegen den Lebensmittelwucher Sturm gelaufen, sogar die sächsische Regierung ist darauf und daran, die Einfuhr von Schlachtvieh zuzulassen, nur in Lübeck sucht man die Lebensmittel dem Arbeiter nochmals zu verteuern, allerdings nur denen, die von ihrem Vereinigungsrecht in wirtschaftlicher Beziehung Gebrauch machen: den organisierten Konsumenten des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend. Aber wie so mancher finsterer Streich unserer Reaktionäre an der organisierten Arbeiterschaft abgeprallt ist, so wird auch dieser Schlag sein Ziel verfehlen.

Welch ganz anderer Würdigung wurden der Genossenschaftsbewegung durch den Vertreter der Stadt München auf dem 17. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Herrn Rechtsrat Dr. Markt, zuteil, als er sagte:

Woher dieser gewaltige Aufschwung? Woher dieser gewaltige Erfolg der 28 Weber von Rochdale in so kurzer Zeit? Hierauf gibt es nur eine Antwort: Weil das Losungswort dieser Weber „Arbeiten, nicht verzweifeln!", weil der Gedanke, der dieser Genossenschaftsbewegung zugrunde liegt „Einigkeit macht stark!" ein gesunder, nicht zu bezwingender ist."

Hier rücksichtsloser Kampf gegen den Konsumverein — dort verständnisvolle Anerkennung konsumgenossenschaftlicher Betätigung.

Und so rufen auch wir der Einwohnerschaft Lübecks zu: „Einigkeit macht stark!", dann werden die Gelüste unserer Gegner, den Konsumverein zu erdrosseln, zuschanden werden, dann wird die Arbeitergenossenschaft Lübecks gekräftigt aus dieser Fehde hervorgehen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch: gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich.

Brutus.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 7. Dezember.

Die Bürgerschaft trat am Montag zu einer verfassungsmäßigen Sitzung zusammen. Die erste Aufgabe des Vierklassenparlaments war es, den Bürgerausschuß um eine größere Anzahl reaktionärer Elemente zu verstärken und die Sozialdemokratie als Vertreter der zweiten Wählerklasse in den ihnen nach parlamentarischer Sitte zustehenden Rechten zu beschränken. Darin sind die erstklassigen Herren ja anerkannt leistungsfähig!

Hierauf kam der sozialdemokratische Antrag, welcher wirkungsvolle Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot verlangt, erneut zur Verhandlung. Der Bürgerausschuß hat seinerzeit wohl befürwortet, daß der Senat durch seinen Vertreter im Bundesrat dahin vorstellig werden solle, daß die Grenzsperre für Vieh auf das Mindestmaß herabgesetzt werde. Abgelehnt hat er es hingegen, die Aufhebung der Vieh- und Futterzölle zu verlangen. Genosse Stelling faßte noch einmal die Gründe zusammen, die gerade für die Aufhebung dieser Zölle als die Ursache des Übels sprechen und ersuchte die Bürgerschaft um unveränderte Annahme des Antrages Schwartz und Genossen. Schlachtermeister Fust unterstützte diesen Antrag. Die Landbündler schickten ihren Obersten Lauenstein vor, der einmal nichts von einer Fleischnot wissen wollte und dann für die von ihm bestrittenen hohen Fleischpreise die — Löhne der Arbeiter verantwortlich machte. Die Bürgerlichen blieben bei derartigen lächerlichen Behauptungen natürlich ganz ernsthaft. Als zweiter Bündler trat Prösch aus Harmsdorf auf den Plan, der natürlich den gleichen Faden wie Lauenstein spann und schließlich meinte, die Genossenschaftsbäckerei, die doch gut geleitet sei, könnte ja die Schweinemast betreiben. So nebenbei sprach der Biedere auch noch für die Milchverteuerung, mittelst welcher die Agrarier so gern eine weitere Schröpfung der Konsumenten vornehmen möchten. Daß ihnen ihre Absicht diesmal nicht geglückt ist, soll schon manchen Landbündler mit mehr oder weniger stiller Wut erfüllt haben. Genosse Stelling zerpflückte noch einmal die Scheinargumente der Lebensmittelverteurer in geschickter Weise und vertrat den Standpunkt der Konsumenten. Von liberaler Seite schwieg man sich nicht nur gründlich aus, sondern die meisten liberalen Bürgerschaftsmitglieder stimmten sogar im Verein mit den Landbündlern unseren Antrag

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 286. Mittwoch, den 7. Dezember 1910. 17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 6 Dezember 1910.

95. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Die Arbeitskammer.

Die zweite Lesung des Gesetzes über die Arbeitskammern wird fortgesetzt.

§ 2 bezeichnet als Zweck der Arbeitskammern die Pflege des wirtschaftlichen Friedens und die Wahrnehmung der Interessen der beteiligten Arbeitnehmer unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen die Streichung der gesperrten Worte.

Bömelburg (Soz.): Die Worte, die wir zu streichen beantragen, waren in dem ersten Regierungsentwurf nicht enthalten. (Hört hört: b. d. Soz.) Es liegt keine Veranlassung vor, durch die Arbeitskammern auch die Arbeitgeberinteressen vertreten zu lassen. Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft haben doch ihre besonderen Kammern. Auf den meisten Gebieten, auf die sich die Tätigkeit der Arbeitskammern erstrecken soll, stehen erfahrungsgemäß Arbeitgebern und Arbeitnehmerinteressen im Widerspruch. Die Aufrechterhaltung des von uns angefochtenen Passus bedeutet nur

Verstärkung der Arbeitgeber in ihrer rückständigen Stellungnahme.

Soll das Gesetz das werden, was es sein soll, so muß unser Streichungsantrag angenommen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Manz (Vpt.) bittet im Interesse der Parität den Streichungsantrag abzulehnen, der nur das Mißtrauen der Arbeitgeber gegen die Arbeitskammern erregen würde.

Severing (SD.): Von einer Verletzung der Parität kann keine Rede sein. Die Arbeitskammern sind den Arbeitern in der kaiserlichen Botschaft versprochen worden, damit auch sie eine gesetzliche Vertretung ihrer Interessen haben.

Dr. Fleischer (Z.) wendet sich gegen den Antrag Albrecht. Durch die ausschließliche Vertretung der Arbeiterinteressen darf nicht die ganze Produktion Schaden erleiden. Übrigens haben ja die Sozialdemokraten selbst betont, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auch im Interesse der Arbeitgeber liege.

Bömelburg (SD.): Das letztere stimmt. Aber Herr Fleischer sollte als Leiter einer Gewerkschaft wissen, daß weitaus die meisten Arbeitgeber eben nicht auf diesem Standpunkt stehen.

Dr. Fleischer (Z.): Wir wollen nur Beschlüsse verhindern, durch die die Produktion geschädigt wird.

Molkenbuhr (SD.): Was für Beschlüsse meint denn Herr Fleischer? Wenn die Worte, die wir zu streichen beantragen, aufrecht erhalten werden, so werden die Unternehmer die Berücksichtigung ihrer Interessen natürlich dahin auslegen, daß sie selbst über diese Interessen zu entscheiden haben.

Dr. Fleischer (Z.): Ich denke z. B. an den Fall, daß der Übergang der Produktion in einem Betriebe in die Hände der Arbeiter gefordert wird.

Hue (SD.): Von diesem Beispiel wird Herr Fleischer wohl kaum selbst glauben, daß es praktische Bedeutung hat. Von viel größerer Bedeutung ist, daß die Unternehmer z. B. alle Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit als wider ihr Interesse laufend bezeichnen werden. Sind etwa die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern verpflichtet, Arbeiterinteressen wahrzunehmen? Werden die Worte aufrecht erhalten, so werden nicht Arbeitskammern, sondern

Arbeitgeberkammern

errichtet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Unter Ablehnung des Antrags Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird § 2 nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

§ 5 will Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, der Tätigkeit der Arbeitskammern entziehen.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen Streichung des § 5.

Bömelburg (SD.): Die Bestimmung des § 5 läßt sich in der Praxis garnicht durchführen. Es gibt Fälle, in denen sich die Arbeitskammer notgedrungen mit den Angelegenheiten eines einzelnen Betriebes beschäftigen muß. Auch ist nirgendswo eine Interpretation des Begriffs „einzelner Betrieb" gegeben worden.

Manz (FVp.) tritt für Beibehaltung des § 5 ein, da sonst die Arbeitskammern der Schauplatz von Quertreibereien in den einzelnen Fabriken sein würden.

Hue (SD.) macht darauf aufmerksam, daß bei Aufrechterhaltung des § 5 es unmöglich sein würde, in die Verhältnisse der Großbetriebe hineinzuleuchten, wenn ein Konzern von Betrieben unter einheitlicher Verwaltung steht.

Dr. Fleischer (Z.): § 6 bestimmt ausdrücklich, daß Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit den Arbeitskammern unterstehen. Darum ist § 5 beizubehalten.

Hue (SD.): § 6 bezieht sich nur auf Differenzen. Sollen sich die Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Betrieben nicht erst zu Differenzen und Streiks auswachsen, so muß § 5 gestrichen werden.

Molkenbuhr (SD.): Es kann der Fall eintreten, daß eine in einer Einzelfabrik zur Anwendung gelangende neue Fabrikationsmethode die Gesundheit von Hunderten von Arbeitern gefährdet. Ferner haben wir ganze Bezirke, deren gesamte Industrie von einem einzigen Großunternehmen beherrscht wird. Bei der Beibehaltung des § 5 würde die Arbeitskammer eines solchen Bezirkes beinahe wertlos werden.

Severing (SD.) bittet um eine ausreichende Erklärung von seiten der Regierung, was unter „einzelner Betrieb" im Sinne dieses Gesetzes zu verstehen ist. Bei Aufrechterhaltung des § 5 würde z. B. eine Arbeitskammer für den Landkreis Essen nicht die Verhältnisse bei Krupp in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen können.

Direktor im Reichsamt des Innern Geh. Rat Caspar bittet um Aufrechterhaltung des § 5. Eine Erklärung darüber, in welchen Fällen ein Betrieb ein einzelner ist, kann nicht gegeben werden.

Hue (SD): Danach wird, wie stets bei den sozialpolitischen Gesetzen der letzten Jahre,

die Großindustrie von den Segnungen dieses Gesetzes ausgeschlossen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wird § 5 angenommen.

§ 6 bestimmt u. a. die Arbeitskammern zu fakultativen Einigungsämtern in den in ihnen vertretenen Gewerbszweigen.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) beantragen Streichung der gesperrten Worte.

Bömelburg (SD.) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die großen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr die Neigung haben die verschiedensten Gewerbezweige in Mitleidenschaft zu ziehen.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wird § 6 angenommen.

§ 7 bestimmt, wer Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes ist. Die Kommission hat die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber der Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen hinzugefügt.

Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, daß dem Gesetze unterstehen alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks, der Industrie des Handels- und Verkehrsgewerbes, einschließlich Schiffahrt und Fischerei, der Rechtsanwalts- und Notariats-Praxis, der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe.

Irl (Z.) begründet einen Antrag, auch die vorübergehend in der Heimarbeit beschäftigten Personen in das Gesetz einzubeziehen.

Dr. Potthof (F. Vpt.): Daraus, daß die Eisenbahnarbeiter der Gewerbeordnung nicht unterstehen, folgt nicht, daß sie kein Koalitionsrecht haben, sondern nur, daß ihr Koalitionsrecht nicht aus der Gewerbeordnung, sondern aus dem Reichsvereinsgesetz herzuleiten ist. Den Bemühungen der preußischen Regierung ist es gelungen, Gerichtsurteile zu erzielen, wonach auch die in den Nebenbetrieben der Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter nicht der Gewerbeordnung unterstehen. Ich halte diese Urteile für falsch. — Den Antrag Irl lehnen wir ab, weil wir ihn als eine Verschlechterung ansehen. Der Antrag Albrecht an sich ist sehr sympathisch, wir müssen ihn aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes ablehnen. — Wir haben einen Antrag eingebracht, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker und Handlungsgehilfen vom Gesetze auszunehmen. Diese gehören nämlich in eine Kaufmannskammer. Eine solche Kammer läßt sich durch ein paar Paragraphen bequem in das vorliegende Gesetz einfügen. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution auf Errichtung von Kaufmannskammern hat wenig Wert.

Staatssekretär Delbrück: Durch höchstinstanzliches Urteil ist entschieden worden, daß die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterstehen, also auch nicht der Gewerbeinspektion, wenn auch einzelne Bundesstaaten aus Zweckmäßigkeitsgründen die betreffenden Betriebe Gewerbeinspektoren unterstellt haben. Ich habe wiederholt zu erklären, daß die Regierung es im öffentlichen Interesse liegend erachtet, daß diese Arbeiter weder der Gewerbeordnung noch den Bestimmungen dieses Gesetzes unterstehen. Ich bitte auch die Vorlage nicht mit der Ausdehnung auf die Handlungsgehilfen zu belasten.

von Volko (K.) wendet sich gegen die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Wir müssen alles tun, um eine Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs zu hindern.

Schwabach (NL.): Wir werden ebenfalls für die Streichung des Beschlusses der Kommission in bezug auf die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter stimmen. Der Beschluß der Kommission ist übrigens auch praktisch wirkungslos, denn das Bedürfnis nach Einrichtung von Eisenbahnarbeitskammern würde von den Eisenbahnen und auch wohl vom Bundesrat verneint werden. Dasselbe gilt von den übrigen Reichsbetrieben. Dagegen stimmen wir der Resolution der Kommission zu, wonach die Rechte und Garantien der Arbeiterausschüsse in den Reichsbetrieben erweitert werden, damit sie wirkliche Organe des sozialen Friedens werden.

Hoch (SD.): Es liegt kein Grund vor, irgend eine Arbeiterkategorie von diesem Gesetze auszunehmen, zumal ja die Errichtung der Kammern fakultativ sein soll. Der Staatssekretär wendet sich gegen die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter, wie er sagt, im öffentlichen Interesse. Danach könnte man denken, es handle sich bei den Arbeitskammern um eine Organisierung des Streiks, aber nach dem Gesetz sollen doch die Arbeitskammern gerade

den wirtschaftlichen Frieden pflegen.

Wie kann es eine Gefährdung der öffentlichen Wohlfahrt sein, wenn der wirtschaftliche Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Eisenbahnwerkstätten gefördert wird? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine große Reihe von Eingaben von Arbeitern aus Staatsbetrieben fordert ihre Einbeziehung unter das Gesetz, keine Eingabe das Gegenteil. Der Abg. Behrens z. B. hat uns eine Bitt-

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(9. Fortsetzung.)

„Ein verdammter, glattöhriger Barbierer," sagte der Burgherr und maß mit klirrenden Schritten das Zimmer, „ein schmieriger Kerl, trotz seines weißen Halstuchs und seines Schniegels. Überhaupt sollte man sich vor den Menschen mit weißen Halstüchern in acht nehmen. Die Erfahrung habe ich stets gemacht: weiße Halstücher sind das Aushängeschild anspruchsvoller Arroganz und innerlicher Schmiere. Diese sämtliche Advokatenbande müßte ausgeschwefelt werden. Sie sind die Handlanger des Bureaukratentums und die Schröpfköpfe und Aderlaßschnepper, die unser Blut abzapfen. Echte Katzenbälger sind's. Ich möchte den ganzen Trupp, mit Weiden durch die Nüstern, in meiner Rauchkammer aufgehängt sehen, girlandenweise wie Mettwürste und Schweinsköpfe. Den Galgen bestehlen und ehrliche Leute in Verlegenheit bringen, das sind die Künste dieser Kerle, und nur dazu scheint der Teufel sie auf die Welt gesetzt zu haben. Will man einmal ein ehrlich Werk von ihnen, dann sind sie nicht zu Hause; auf solchen Casum haben sie nicht studiert. Ich pflück' meinen Hahn und du pflückst Deinen Maltzahn, — das ist ihre ganze Kunst und ihre ganze Wissenschaft; die haben sie aber auch aus dem ff los. Wehe dem Lande, wo die Kerls die erste Violine streichen. Da wird alle Lebenslust und alle Ehrlichkeit bald den Kehraus tanzen. — Will der Patron mir aber die Schrift an die Minister nicht machen, so will ich's selber tun. Zeigen wird sich's dann, ob noch Recht zwischen Himmel und Erde zu finden ist."

Gesagt, getan. Im Schweiße seines Angesichts arbeitete Herr von Plümeran vier Stunden lang. Mancher Bogen Papier wurde zerknittert und unter den Tisch geworfen, manche Feder zerbissen. Oft sprang der Schreiber wild auf und lief unruhig wie ein eingekäfigter Waschbär umher und murmelte künstlich gebaute Perioden. Endlich aber, nachdem seine Hände sehr schwarz geworden und seine gelblichen Beinkleider das Ansehen eines Leopardenfells gewonnen hatten, war die Arbeit vollendet und wohlgefällig, wie jeder junge Autor, las Herr von Plümeran, aus Mangel an anderen Zuhörern, den Porträts seiner Ahnen die Supplik vor. Sie lautete wie folgt:

An ein hohes Ministerium.

Unterzeichneter, Ritter Hans von Plümeran auf Burg Plümeran, sieht sich gemüßigt, ein hohes Ministerium um Recht anzugehen, bedauernd sehr, daß solches vonnöten. Aber gekränktes Recht schreit zum Himmel, und wer es nicht verteidigt, macht sich mit schuldig am Rechtsbruch; demnach kann nicht länger geschwiegen, sondern muß geredet werden.

Von ältesten Zeiten her haben die Plümerans den Blutbann über die Stadt Mansberg gehabt. Beiliegend Dokument beweist, daß Kaiser Karolus IV. ihnen schon solchen bestätigt und zwar für ewige Zeiten. Dieser Blutbann, dieses herrliche Hoheitsjuwel, ist ihnen nun zu Anfang dieses Jahrhunderts unter nichtigen Vorwänden genommen worden, und nicht mehr Plümeran übt dorten Schwert und Gewalt und Gesetz, sondern ein Bürgermeister und Gott weiß wer sonst. Dem muß von hoher Regierung gesteuert werden, und Recht und Schwert muß der rechtmäßigen Gewalt wiederkehren.

Es darf nicht vermeint werden: Plümeran sei heutzutage nicht mehr zur Ausübung des Blutbannes qualifiziert. Alles, was dazu vonnöten, ist in optima forma vorhanden. Gefängnisse, unter und über der Erde, sind da. Ketten, Achten, Helgen und andere eiserne Banden auch. Der hiesige Scharfrichter Ismael Pingel, ist ein Meister in seiner Kunst, kann Testimonia und Zeugnisse und Reputation nachweisen, wie nur einer.

Selbiger ist, anderes zu geschweigen, ein Altösterreicher von Geburt und hat beim k. k. Generalgewaltiger gelernt. In seinen Wanderjahren hat er im Stift Passau eine Hexe, so Hühnereier gelegt haben sollte, verbrannt, hat weiterhin den Schinderhannes in Mainz guillotiniert, dann in Italien eine Menge Karbonadenhändler, die gräuliche Bosheiten verrichtet, an den Galgen geknüpft, hat dem Papst einige Juden foltern, auspeitschen und bekehren helfen und ist schließlich hier in Dienst getreten. Welch guten Rufes er genießt in seiner Kunst beweist, um nur eines vor anderen anzuführen, der Ruf, welchen seine Majestät der König von Sizilien, Ferdinand, erst kürzlich an ihn ergehen lassen hat. Ismael Pingel sollte königlicher Leibscharfrichter werden; habe ihn aber nicht seines Dienstes entlassen.

Hohes Ministerium! Das Recht kann nimmer sterben, es kann höchstens eine Zeitlang unterdrückt werden. Jeglich Regiment, will es nicht Belsazars, Nebucad-Nezars, Bonapartes und des Gustavs von Schweden Ende nehmen, muß es schützen und pflegen. Was sagt's Evangelium? Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.

am 4. Oktober 1847 gehorsamst

Hans von Plümeran
auf Burg Plümeran.

Siebentes Kapitel.

„Noch heute reite ich selber nach Schwerin," sagte der Burgherr, nachdem die Supplik sauber abgeschrieben war, „und besorge die Schrift. Vielleicht rede ich auch mit Serenissimus. Eisen muß man schmieden, wenn's heiß ist und Korn verfahren, wenns friert. Selbst ist der Mann. Wer nach einem goldenen Wagen angst, gewinnt wenigstens eine Lünse und eigenes Auge soll gelten und selber essen macht fett. Den Scharfrichter will ich mitnehmen; es kann vielleicht nötig, oder doch nützlich sein, das corpus delicti vorzuzeigen; der Kerl imponiert vielleicht auch dem Schreibervolk." — Ein Fenster öffnend, befahl dann Herr von Plümeran dem Ochsenknecht, ihm den Gelben zu satteln, auch dem Scharfrichter zu sagen: er solle sich in einer Stunde, in Gala-Uniform und wohl beritten, auf dem Schloßhofe einfinden. Die Supplik wurde nebst einem reinen Hemde in einen Mantelsack gepackt, sich selber aber warf der Ritter in die rote landständische Uniform.

Eine Stunde später ritten Herr von Plümeran und Meister Ismael durch das Torhaus. Der Herr zehn Schritte voraus, der Meister in goldbetreßter, roter Uniform auf einem alten, spatlahmen Schimmel hinterher. Im Dorf verkrochen sich alle Kinder, als sie den Gestrengen und sein Gefolge kommen sahen; die Hunde dagegen liefen wütend bellend dem Meister nach.

Ziehe hin, Du tapfrer Kämpe historischen Rechts. Gott gebe deinem Schwert, oder vielmehr deiner Lunge und Zunge, Heil und Glück bei dem Unternehmen, zu welchem Du so mutig ausziehst. Da reitest Du hin, unerschrocken wie der Held des göttlichen Cervantes, und lange nicht so gut gerüstet wie er. Denn statt eines Helmes trägst Du eine Mütze, statt Schwert und Lanze einen Galanteriedegen, statt Beinschienen gewichste Stiefeln, statt eiserner Handschuhe solche von Bockleder und statt eines gemsledernen Wamses eine gestrickte Wolljacke. Und dein Knappe führt statt Mambrins Helm Deinen Tressenhut im Futteral am Sattelknopf, und sein Schnappsack birgt nicht einmal Käse und Brot und Zwiebeln, geschweige denn blanke Dukaten und einen Schlauch guten Weins, sondern nur beschriebenes Papier, ein Paar bereits öfter getragene Beinkleider und zween Hemde, eines für den Tag bestimmt und eines für die Nacht. Und dennoch ziehst Du unverzagt Deiner Straße. Nicht um Biscajer und Zaubermohren und elende Yanguesen und Löwen zu bekämpfen, sondern um dies einem deutschen Minister zu tun, was fürwahr doch gewagter und gefährlicher ist, als ein Kampf mit den gesamten Löwen Afrikas, mit den gröbsten Yanguesen, mit dem grimmigsten Biscajer, oder mit allen Zaubermohren, die je existierten.

(Fortsetzung folgt.)

schrift des Zentralverbandes deutscher Eisenbahnarbeiter aus Elberfeld um Einbeziehung in das Gesetz überreicht. Hoffentlich wird er den Wunsch der Petenten mit Nachdruck vertreten. Der Vorredner hat uns tröstend auf eine Resolution verwiesen. Die nationalliberale Partei ist gern mit Trostresolutionen bei der Hand, wenn es sich dann aber darum handelt, den Inhalt solcher Resolutionen zu verwirklichen, versagt sie. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es liegt auch gar kein Grund vor, die Gemeindearbeiter und die Handlungsgehilfen auszuschließen. Die Kommission will die Handlungsgehilfen auf die Zukunft vertrösten. Am schimpflichsten haben die Herren von der Wirtschaftlichen Vereinigung gehandelt. Sie haben einen schönen Antrag verfaßt, ihn aber nicht in der Kommission eingebracht, sondern als Initiativantrag, weil sie wußten, er kommt dann nicht mehr zur Verhandlung. Dann rühmen sie sich noch ihrer positiven Mitarbeit. Ja sie haben mitgearbeitet, um die Leute zu hintergehen und zu betrügen. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Wegen dieses Ausdruckes rufe ich Sie zur Ordnung. (Abg. Schirmer (Z.) ruft: Herr Hoch hat eben schon öfter hinter dem Ofen gesessen.

Hoch (SD.) [fortfahrend]: Möge mir Herr Schirmer auch nur einen Fall nachweisen, wo wir Versprechungen nicht gehalten haben. (Leb. Zust. b. d. Soz.) Wenn man wirklich den Handlungsgehilfen helfen will, so muß man unsern Antrag oder wenigstens den freisinnigen annehmen. Wieviele Versprechungen sind nicht den Handlungsgehilfen bei den Bülowblockwahlen gemacht worden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Behrens (WV.): Wir bringen keine agitatorischen Anträge ein, das tut nur die Sozialdemokratie. (Lachen b. d. Soz.) Mit ihren Anträgen scheint die Sozialdemokratie nur das Scheitern dieses Gesetzes zu beabsichtigen. (Ironisches Bravo b. d. Soz.) Die Mehrheit der Handlungsgehilfen will von der Lösung nichts wissen, wie die Linke sie vorschlägt, und als Demokraten müßten sich doch die Freisinnigen und die Sozialdemokraten den Mehrheitswünschen fügen. Aber für die Demokratie auf sozialem Gebiete ist auf der rechten Seite stets mehr Verständnis vorhanden als auf der Linken. (Lautes Lachen links.) Wir haben unseren Antrag als Initiativantrag eingebracht, weil es zu spät war, ihn in der Kommission einzubringen. An der Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter halten wir in dieser Lesung fest.

Trimborn (Z.): Wir lehnen die Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten ab. Würden die Angestellten unter dieses Gesetz gebracht, so würden sie gegenüber der Masse der Arbeiter ihre besonderen Interessen nicht geltend machen können. Wir begnügen uns mit dem wesentlichen Fortschritt, die technischen Beamten in das Gesetz einzubeziehen. Ich war ursprünglich für die Einbeziehung auch der kaufmännischen Angestellten, aber die sind in ihrer großen Mehrheit dagegen. Vielleicht lassen sie sich später angliedern. Die technischen Angestellten stehen den eigentlichen Arbeiterinteressen viel näher als die kaufmännischen Angestellten.

Horn=Reuß (Natl.): Die Handlungsgehilfen fühlen sich als geschlossener Stand und gehören nicht in das Arbeitskammergesetz.

Schirmer (Z.): Die übergroße Zahl der Staatsarbeiter weiß, daß sie von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten hat, wie man deutlich in der glorreichen Republik Frankreich mit ihren sozialdemokratischen Ministern sieht. (Sehr gut! rechts.) Es ist sicher keine staatsgefährliche Handlung, daß die königstreuen Eisenbahnwerkstättenarbeiter dem Arbeitskammergesetz unterstellt werden.

Hue (Soz.): Woher weiß Herr Schirmer, daß die Staatsarbeiter von den Anträgen der Sozialdemokraten nichts wissen wollen. Veranstalte er doch eine geheime Urabstimmung. Ich möchte alle Arbeitervertreter dringend warnen, sich mit den Erklärungen der Regierung über die Rechtstellung der Eisenbahnarbeiter zufrieden zu geben. Ich erinnere daran, daß der Freiherr von Richthofen hier verlangt hat, auch die Kohlenarbeiter von der Gewerbeordnung auszunehmen. Jeder Arbeitervertreter sollte gegen die von der Regierung beliebte Auslegung der Gewerbeordnung protestieren. (Sehr richtig! b. d. S.) — Es wurde von der Notwendigkeit gesprochen, die Willensmeinung der Mehrheit der Handlungsgehilfen zu respektieren. Aber gegen die zwei Millionen deutscher Gewerkschafter werden immer Petitionen kleiner christlichsozialer oder katholischer Grüppchen ins Feld geführt. Es ist bezeichnend, daß

jetzt auch das Zentrum in scharfmacherischer Weise gegen uns auftritt.

Herr Schirmer sprach ja auch bezeichnenderweise von „uns auf der Rechten" (Hört, hört! b. d. Soz.) Es heißt geradezu den Reichstag aufmuntern, den Passus über die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter fallen zu lassen, wenn die Herren Behrens, Schiffer, Wiedeberg, Giesberts draußen in Versammlungen Resolutionen fassen lassen, in denen es heißt, die Staatsarbeiter wünschen den Ausbau der Arbeiterausschüsse zu Ersatzinstituten für die Arbeitskammern. (Hört, hört! b. d. Soz.) Heute sollen wir uns durchaus nach den Petitionen der Handlungsgehilfen richten; bei der Reichsfinanzreform ließ das Zentrum seelenruhig die Petitionen christlicher Tabak- und Zündholzarbeiter unberücksichtigt. (Lebh. Hört, hört! und Beifall b. d. Soz.)

Dr. Potthoff (FVp.): Wäre bei der Finanzreform auf die Interessenten Rücksicht genommen worden, so wäre keine Steuer angenommen worden. (Sehr wahr! links.) Der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband hat die falsche Behauptung verbreitet, daß die Mehrzahl der Handlungsgehilfen gegen ihre Einbeziehung sei. Wir haben auch nichts gegen eine besondere Handlungsgehilfenkammer; für uns ist die Hauptsache, daß die Handlungsgehilfen schon jetzt ihre gesetzliche Vertretung erhalten, und nicht vielleicht erst in einem Dezennium.

Hoch (SD.): Herr Horn täte gut, auch in anderen Angelegenheiten die Wünsche der Handlungsgehilfen zu berücksichtigen.

Behrens (WVg.): Die Resolution über die auszubauenden Arbeiterausschüsse ist angenommen um vorzubauen. Es ist doch seit langem bekannt, daß die Regierung an der Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter die Vorlage scheitern lassen würde. Herr Hue muß sehr weltfremd sein, wenn er das nicht wußte.

Severing (SD.): Kollege Behrens muß noch viel weltfremder sein, wenn er nicht aus der Geschichte der Erbschaftssteuer gelernt hat, was vom „Unannehmbar" der Regierung zu halten ist. — Die Christlich=sozialen protestieren dagegen, zur reaktionären Masse gezählt zu werden. Nun, sie sind zwar reaktionär, aber keine Masse mehr. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.)

Kulerski (P.) erklärt sich namens seiner Fraktion für den freisinnigen Antrag.

Damit schließt die Debatte.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die ersten Absätze des § 7 mit großer Mehrheit, der letzte Absatz (Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter) mit geringer Mehrheit angenommen. Die Rechte und ein großer Teil des Zentrums stimmen dagegen und nehmen das Resultat mit Murren auf. Die Gesamtabstimmung über § 7 bleibt zweifelhaft. Ein Hammelsprung ergibt die Annahme des Paragraphen mit 182 gegen 115 Stimmen.

Nach debatteloser Annahme der §§ 8—11 wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 3/4 7 Uhr.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

In der Dienstag-Vormittagssitzung sagen verschiedene Zeugen über das Verhalten der Polizei aus. Ein Mitglied der gelben Gewerkschaft, das von sich bekundet, es habe seit 20 Jahren die Sozialdemokratie bekämpft, hat von dem Balkon seiner Wohnung aus beobachtet, in welcher Weise die Polizei gegen das Publikum vorging. Der Zeuge sah, wie ein vollkommen unbeteiligter Mann, der achtlos seines Weges kam, ohne weiteres niedergeschlagen wurde. Er sah, wie ein altes Mütterchen, das ganz ängstlich an den Schutzleuten vorbeigehen wollte, einen Hieb mit dem Säbel bekam. Er war über das Verhalten der Polizei so empört, daß er mit der Faust auf den Tisch schlug und ausrief: „Das ist wieder Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie. Man sieht, daß der Bürger nichts wert ist, sondern wie ein Hund niedergeschlagen wird!"

Der Polizeiwachtmeister Koch, welcher ein Kommando von 10 Mann an der Ecke der Turm- und Waldstraße am Mittwoch, dem 28. September, abends, befehligte, bestreitet, daß die Schutzleute irgendwie an diesem Abend den Säbel gezogen und von der Waffe Gebrauch gemacht haben.

Aber ein junger Mann, dessen Schwester als Zeugin auftritt — der junge Mann selbst ist jetzt nicht in Berlin und soll noch geladen werden — ist von ihm und einem anderen Schutzmann verhaftet worden. Nach Aussage des Wachtmeisters blutete der junge Mann bei der Sistierung bereits sehr stark. Nach Aussage der Schwester und einer anderen unbeteiligten Zeugin, die vorher mit dem jungen Mann ständig zusammen waren, kann er die Verwundungen nur durch Säbelhiebe von Schutzleuten erhalten haben. Der Widerspruch wird zunächst nicht aufgeklärt. Noch eine Reihe anderer Zeugen bekunden ebenfalls von Ausschreitungen der Polizei.

Die Nachmittagssitzung wurde in der Hauptsache ausgefüllt durch die Vernehmung eines Zeugen Schulze, eines Beamten, der in den Tagen vom 28. bis 30. September in Moabit Samariterdienste geleistet hat und das Verhalten der Polizei nicht genug rühmen kann. Seiner Ansicht nach ist die Polizei sehr schonend vorgegangen. Wie wenig Wert der Bekundung dieses Zeugen beizumessen ist, ergibt sich am besten aus der Antwort, die er auf die Frage des Rechtsanwalts Heine gab. Wir lassen dieses für die Beurteilung des Zeugen wichtige Gespräch im Wortlaut folgen:

Rechtsanwalt Heine: Ihr Gutachten, daß die Polizei sich überall maßvoll benommen hat, bezieht sich wohl nur auf die Fälle, die Sie selbst gesehen haben. Wenn Sie einen Fall gesehen hätten, daß ein einzelner ruhiger Mann von drei Schutzleuten mit dem Säbel niedergeschlagen und auf der Erde liegend noch weiter geschlagen wird, so würden Sie das wohl auch nicht billigen. Zeuge: Wenn ich nicht müßte, was los war, dann ja. Wenn man aber die Ursache kennt, dann wäre ich anderer Meinung. Heine: Also wenn Sie den Fall nicht kennen, werden Sie sagen, die Polizei ist im Recht? Zeuge: Ich würde fragen, warum? Heine: Na, wenn Sie das noch nicht für genug halten, daß ein einzelner Mann von drei Schutzleuten bearbeitet wird!

Die übrigen Zeugen-Aussagen bezogen sich auf einzelne Fälle und waren belanglos. — Fortsetzung Mittwoch.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik auf Zeche Lucas wurde Sonntag durch Beschluß der Belegschaftsversammlung mit 201 gegen 144 Stimmen für beendet erklärt. Die Streikkommission war am Sonnabend bei der Direktion vorstellig geworden. Die Direktion versprach, wenn Montag angefahren würde, würde keine Maßregelung erfolgen und keine Kontraktbruchstrafe innegehalten. Die Beschwerden sollen schriftlich niedergelegt, durch den Arbeiterausschuß überreicht und ernstlich geprüft werden; die Mißstände sollen abgeschafft werden. Bleiben Differenzpunkte bestehen, so soll durch Spruch des Einigungsamtes entschieden werden. — Ein Flugblatt der Anarcho-Sozialisten, in dem die Bergarbeiter zum Generalstreik aufgefordert und in dem die Sabotage gepriesen wird, wurde durch Gerichtsbeschluß beschlagnahmt.

Bergarbeiterstreik. Bürgerliche Zeitungen melden, daß auf der Donnersmarkgrube bei Gleiwitz (Schl.) ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen ist, der anscheinend auf die Nachbargruben übergreift. Bis jetzt streiken 270 Mann. Als Grund für die Arbeitseinstellung werden Lohndifferenzen angegeben.

Brauereiarbeiterstreik. In Langensalza sind 56 Arbeiter der dortigen beiden Malzfabriken ausständig. Die Firmen weigerten sich, auf eine Verlängerung des bisherigen Tarifs einzugehen. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder einer! Wie aus Rom geschrieben wird, findet vor den Assisen von Alexandria unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein Prozeß gegen den Priester Ariotti, der als Kaplan in Nizza Monferrato tätig war, und gegen seine Dienstfrau, Margherita de Grandi, statt. Der Priester ist angeklagt, unter Mißbrauch des Vertrauens und eines Dienstverhältnisses unsittliche Handlungen an der siebenjährigen Tochter seiner Dienstfrau vorgenommen zu haben. Weiter wird er sich wegen Vergehens gegen das keimende Leben zu verantworten haben, das er unter Einwilligung der Dienstfrau durch Anwendung chemischer und mechanischer Mittel an dieser Frau begangen haben soll. Schließlich ist der würdige Herr des Ehebruchs mit der de Grandi angeklagt. Diese selbst ist beschuldigt, ihr kleines Kind dem Priester ausgeliefert zu haben, ferner der zweimaligen Abtreibung der Leibesfrucht und des Ehebruchs. Um das Maß vollzumachen, wird dem Kaplan und seiner Dienstfrau noch eine gröbliche Verletzung des Schamgefühls zur Last gelegt, da beide durch ein Fenster ihrer Wohnung gesehen worden sind, wie sie in völlig paradiesischem Kostüm fangen spielten! Wirklich ein empfehlenswerter geistlicher Herr!

Aus Nah und Fern.

Vergiftung nach dem Genuß von Nahrungsmitteln. Aus Graudenz meldet der „Gesellige": Der Arbeiter Matzat aus Graudenz, seine Frau und seine drei Söhne sind Dienstag morgen infolge Vergiftung, wahrscheinlich nach dem Genuß von Bonbons oder Schmalz, gestorben. Zwei andere Söhne liegen ohne Bewußtsein hoffnungslos im Krankenhaus danieder. Die Erkrankung erfolgte Montag abend, ohne daß ihr zunächst große Bedeutung beigelegt wurde. Ein Telegramm meldet folgende Einzelheiten über den Fall: Sämtliche Familienmitglieder des Schmiedegesellen Friedrich Matzat, sieben Personen, erkrankten Montag abend an Übelkeit und Erbrechen. Ein Arzt verordnete die notwendigen Medikamente, ließ die Kranken aber nicht ins Krankenhaus schaffen. Dem Hauswirt des Matzat fiel es Dienstag morgen auf, daß in der Wohnung seines Mieters sich nichts rührte. Er öffnete die Tür und fand drei Kinder im Alter von 7, 18 und 19 Jahren als Leichen vor. Der alte Matzat selbst und die beiden 14- und 16jährigen Söhne lebten noch, waren aber bewußtlos. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt und die Kranken ins Krankenhaus gebracht, wo der alte Matzat verschied. Man hegt wenig Hoffnung, die beiden Söhne am Leben erhalten zu können. Die Vergiftungsursache ist noch nicht bekannt; es soll sich um metallische Vergiftung handeln. — Eine weitere Vergiftung wird aus Dortmund in folgendem Telegramm gemeldet: Nach dem Genuß von gebrannten Mandeln, die einem Automat entnommen waren, erkrankte eine ganze Familie unter Vergiftungserscheinungen. Bei den älteren Personen konnte, da gleich ein Arzt zur Stelle war, die Gefahr beseitigt werden, das jüngste Kind starb.

Raubmordversuch in einer Ortskrankenkasse. Am 6. Dezember, vormittags gegen 10 Uhr, drang in Kulm (Westpreußen) ein etwa 26jähriger Mann in das Lokal der dortigen Ortskrankenkasse, schlug den Kassierer mit einem schweren Hammer zu Boden und verletzte ihn so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Versuch, die Kasse zu berauben, ist anscheinend nicht gelungen. Der Täter ist entkommen.

Auf Befehl sr. ungekrönten Majestät. Bekanntlich war die Broschüre des Genossen Wendel „Hie Fleischnot — hie Gottesgnadentum" beschlagnahmt worden. Nun hat Genosse Wendel eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhalten, desgleichen der Verleger und der Buchhändler.

Über das Professorenduell wird noch bekannt, daß der von dem Professor Bernhard zu einer Pistolenschießerei herausgeforderte Professor der Direktor des staatswissenschaftlich-statistischen Seminars Max Sering ist. Über den speziellen Anlaß zu der geplanten Schießerei berichtet eine Korrespondenz, daß Bernhard in einer Vorlesung, die er in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung hielt, die ihm vermeintlich widerfahrene Zurücksetzung besprach und das Verhalten seiner Kollegen kritisierte, ohne jedoch einen bestimmten Namen zu nennen. Die nationalökonomischen Professoren der philosophischen Fakultät fühlten sich durch die von Bernhard gebrauchten Redewendungen beleidigt, und es entspann sich nun eine lebhafte Preßpolemik, in der beide Parteien ihre Ansichten recht scharf verfochten. Vor 6 Wochen erfolgte schließlich eine Korrespondenz zwischen Bernhard und Sering, die Bernhard mit einer Pistolenforderung an seinen Kollegen abschloß.

Eine schreckliche Bluttat. Aus Birmingham wird gemeldet: Als die Tochter eines Hausbesitzers die Wohnung eines gewissen Pope betrat, um die fällige Miete einzuziehen, fand sie den Mann mit durchschnittener Kehle auf einem Stuhl. Im Nebenzimmer lag auf dem Bett die Frau ebenfalls mit durchschnittener Kehle. Auf einem Tisch waren die Leichen der ebenso abgeschlachteten Kinder. Pope hatte, wie die Leichenschau ergab, mit seiner Frau einen schweren Kampf zu bestehen, ehe er sie und die Kinder umbringen konnte. Er galt als tüchtiger Arbeiter und guter Familienvater. Der Grund für seine Tat ist nicht bekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter, sowie Herrn Pastor Bernhardt für die trostreichen Worte herzlichen Dank.

Geschwister Wirthel.

Kleine Wohnung in der Klappenstraße zu vermieten. Näheres Ziegelstraße 1 f.

Parterrewohnung, 3 Zimmer, Kammer und Zubehör. Marquardstraße 19, pt.

Zu sofort oder 1. Januar eine Zweistubenwohnung zu vermieten Bülowstraße 3.

Zum 1. Jan. in der Fischergrube eine Ganghwohnung an einzelne Person zu vermieten. Näh. Engelsgrube 31, part.

Zu vermieten ein freundl. heizb. **Zimmer.** Schwönekenquerstr. 8.

Zum 1. Januar 1911 2-Zimmer-Wohnung zu verm. Preis 200 Mk. Besichtig. von 11—2 Uhr mittags. Näh. Reiferstr. 43, part.

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 48, pt., r.

Arbeiterinnen
Abteilung Näherei gesucht.
August Schumacher.

Junger Mann
16—18 Jahre alt, als Bote auf sogleich gesucht. Kleine Kaution erforderlich! E. Th. Dawartz, Hüxterdamm 6.

Ein Schulmädchen ges.
nicht unter 12 Jahren Lilienstraße 14. II.

Zu kaufen gesucht ein gebrauchtes kleines Sofa. Angeb. unter H 3 an die Exped. dieses Blattes.

Ein Kinderwagen
passend zum Handeln, zu verkaufen. St. Annenstraße 14/3.

Ein Fellschaukelpferd 3 Mark, ein Pferdestall mit Speicher 2 Mk. zu verk. Engelsgrube 70 III.

Musik-Automat mit 16 Platten und Die Praxis des Maschinenbauers billig zu verkaufen. Reiferstraße 41 I.

Ein Schaukelpferd u. eine größere Scheidenschiebkarre für Kinder zu verkaufen. Westhoffstr. 31 I.

5 Jahrgänge „Berliner Illustr. Zeitung" billig zu verkaufen. Füchtingstraße 15 II.

Groß. Kleider- u. Leinenschrank und 2 Orleander billig zu verkauf. Sadowastraße 11 a.

Geige m. Bogen u. Kasten, Handharmonika, Sportwagen, Schattenbilder- u. Brotschneidemasch., mehr. Paar Schlittschuhe. Klappenstr. 9 p.

Fast neue 2schläfige Bettstelle mit Seegrasmatratze billig zu verkaufen. Fischergrube 35 I.

Verloren von der Burgtor-Eisbahn bis z. Kohlmarkt ein Schlittschuh. Abzugeben Warendorpstr. 31, II.

Als Schneiderin empfiehlt sich zum Anfertigen von Damen- u. Kindergarderobe. Gr. Burgstr. 37, I, Flügel.

Grob	zirka 6 Pfd.
Fein, gemengt . . .	zirka 4½ Pfd.
Fein, lang	über 3½ Pfd.
Kasten, fein	über 3½ Pfd.

Hausfrauen probiert's.
H. Staass, Friedenstraße 49.

Empfehlungskarten
werden hergestellt in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

das Staatsparlament in Betracht ziehen; die letzten Wahlen dafür waren ja die ersten, für die das politische Stimmrecht der Frauen in Kraft trat. Ich mußte auf die Gemeinderatswahlen blicken, zu welchen die Frauen bereits seit Jahrzehnten das Stimmrecht besitzen.

Ich hatte in dieser Richtung eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Gemeinderats von Christiania, Herrn Berg, der mir erwiderte, daß die weiblichen Gemeinderäte, deren fünf teils der konservativen, teils der sozialistischen Partei angehören, an der Stadtverwaltung teilnehmen, daß sie sich sehr rege an den Arbeiten der Kommissionen beteiligen und daß ihre Ratschläge und ihr Einfluß besonders für die Lösung von Schulfragen sowie für die Angelegenheiten der Spitäler und der sozialen Hygiene überaus wertvoll seien. Im übrigen sei die Tätigkeit der Frauen von der der Männer nicht zu unterscheiden. Sie besäßen genau die gleiche Schulung, genau die gleiche Eignung zur Ausübung aller Pflichten ihres Mandats wie ihre männlichen Kollegen. Keinerlei Störung im Parlamentsbetrieb sei durch ihren Einzug in den Gemeinderat untergekommen, nur neue wertvolle Kenntnisse, Erfahrungen und Ideen hätten sich dadurch im parlamentarischen Leben umgesetzt.

„Die Frau gehört ins Haus“,

sagte bekanntlich Wilhelm II. erst kürzlich in einer seiner vielen Reden. Aus Zabrze wird jedoch unterm 8. Dezember gemeldet: Im Werkbetriebe in Borsigwerk hat sich ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. Am Freitag war die Arbeiterin Morcinietz bei den Anschlußgeleisen beschäftigt. Hierbei hatte sie eine Brechstange mit einem Ende unter die Schienen gesetzt und das andere Ende an den Leib angelehnt. In diesem Moment rollte ein Eisenbahnwaggon herbei und stieß die Bedauernswerte derart in den Rücken, daß ihr die Brechstange den Leib durchbohrte und tief hineindrang. Mit einem furchtbaren Aufschrei brach die Verunglückte zusammen. Es erfolgte ihre sofortige Überführung nach dem Zabrzer St. Josefeskirk, wo sie bald darauf den qualvollen Schmerzen erlag.

Kleines Feuilleton.

Ein eigenartiges Schauspiel

konnte man in den letzten Tagen im Oberrhein, in der Nähe von Rheinfelden, beim Stauwehr der Rheinfelder Kraftanlage beobachten. In außerordentlicher Menge sind nämlich in diesem Jahre die Lachse dort eingetroffen, um im Oberlauf des Stromes ihrem Laichgeschäft obzuliegen. Unterhalb des erwähnten Wehres nun, auf der Schweizerseite, wo sich die Fischleiter befindet, weist das Rheinbett große Vertiefungen auf, in denen sich die bergwärts ziehenden Lachse scharenweise ansammeln. Da ihnen das Wehr den Durchzug versperrte und viele die etwas schmale, hart am Flusse angelegte Fischleiter nicht gleich fanden, so versuchten die Lachse ohne langes Zaudern das hohe Wehr zu überspringen. Acht bis zehn Pfund schwere, bis zu einem Meter lange Exemplare sah man in hohem, zwei bis drei Meter weitem Bogen über den Wasserspiegel emporschnellen. In ihrem Drange, stromaufwärts zu ziehen, scheuen die Lachse bekanntlich kein Hindernis. Doch hier war alle Kraftanstrengung vergeblich, das Wehr liegt zu hoch und einer wie der andere fiel vor ihm wieder ins Wasser zurück. Die großen, im Meer fettgewordenen Burschen, deren farbiger Schuppenpanzer in der Sonne glitzerte, boten bei ihren kühnen Voltigen einen prächtigen Anblick. Spaziergänger, die an den wenigen schönen Tagen die vom Wald besäumten Uferstellen aufsuchten, um sich das seltene Schauspiel nicht entgehen zu lassen, sahen laut „Oberl. Boten“ im Laufe einer halben Stunde 50 und mehr Lachse in gewaltigem Sprunge das Wehr attackieren.

Eine Holzfigur für 64 000 Mk.

Die Sammlung Hans Schwarz in Wien wurde kürzlich versteigert. Sie enthält Werke der bildenden Kunst und des Kunstgewerbes. Ungeheure Preise wurden erzielt. Den höchsten Preis erreichte mit 64 000 Mk. eine große Standfigur der heiligen Anna aus Lindenholz, französische Arbeit, um 1500, die die Sammlung des Kaisers erwarben. Dieselbe Firma kaufte für 17 500 Mk. eine große Gruppe „Das Wunder des heiligen Eligius“, Bildwerk der schwäbischen Schule um 1500, sodann drei Reliefs: Szenen aus dem Leben Johannes des Täufers, Schule des Michael Wohlgemuth, Ende des 15. Jahrhunderts, altbemalt und vergoldet, für 35 000 Mk. Zwei Figuren „Flötenbläser und Dudelsackpfeifer“, Volkstypen, flämisch, in der Art des Pieter Brueghel erwarb Kunsthändler Lippmann in London für 28 500 Mk.

Der Kinematograph in der Untergrundbahn.

Auf seinem Eroberungszug dringt der Kinematograph nun auch unter die Erdoberfläche: In Paris ist ein Unternehmer mit der kuriosen Idee aufgetaucht, die Tunnels der Untergrundbahn zu kinematographischen Zwecken auszunutzen. So gut wie es möglich ist, durch eine rasche Folge von Photographien den Anschein des Lebendigen zu erwecken, so gut könnte es auch möglich sein, in einem raschen Vorübergleiten an aufgestellten Platten die Fiktion lebender Bilder zu erhalten. Die technischen Details werden noch geheim gehalten; aber jedenfalls verhandelt der Unternehmer in aller Form mit der Direktion der Pariser Untergrundbahn. Wahrscheinlich ist mit dieser originellen Idee irgend eine findige Reklame verknüpft.

Aus den Witzblättern.

Fleischnot. Fremder: „Sagen Sie mal, wo ist denn eigentlich der Zoologische Garten hingekommen?“ — Einheimischer: „Na, wissen 's, den hab'n wir so nach und nach aufgegessen.“

(Aus „Meggendorfer Blätter“.)

Druckfehler. Und nun stand die junge Witwe allein in der Welt mit ihren 28 Jöhren.

Verdächtig. Fräulein: Warum soll ich mich denn betäuben lassen; ich denke, bei Ihnen geschieht das Zahnziehen schmerzlos? — Zahnarzt (zögernd): Gewiß, gewiß . . . es ist nur wegen der Nachbarschaft!

Widerstandsfähig. Heiratsvermittler: Diese Dame kann ich Ihnen sehr empfehlen, allerdings, das muß ich gleich sagen, mit ihrer Kochkunst hapert es . . .“ Heiratskandidat: „O, das tut nichts. Ich bin Schwertschlucker und Feuerfresser!“

(Aus „Lustige Blätter.“)

Zwei Eisen im Feuer. „Sie scheinen ja in jedem Stockwerk unseres Hauses einen Schatz zu haben?“ — Soldat: „Mei, auf die Madel ist heut koa Verlaß! Bald hat die oane Urlaub, bald die andere, da muß ma halt schauen, daß wenigstens in oaner Kuchl was Warm's z' holen is!“

Gemütlich. Ein Dorfpolizist hält jemand auf Grund seines Steckbriefes an. Doch bei der Prüfung findet er, daß der Betreffende nicht der Gesuchte ist. Da meint er zu ihm: „Nix für ungut; . . . vielleicht paßt es a anderimal!“

Eine besondere Ehre. „So, Sie sind vom Automobil des Landesherrn überfahren worden?“ — „Ja, und denken Sie — gerade als seine Durchlaucht selbst zu lenken geruhten!“

Bei der Schmiere. Direktor (zum neuen Maschinenmeister): „Daß Sie mir im ersten Akt das Gewitter mit dem Hagelschlag recht naturgetreu machen, Brüllmann — ich will während desselben mit den Bauern Versicherungen gegen Hagelschlag abschließen . . . !“

Korpserziehung. Korpsstudent: „Die Kellnerin liebt mich. Hast du gehört, Leibfuchs, wie ihre Stimme zitterte, als sie zu mir sagte: Herr Doktor, es macht schon achtunddreißig Mark und siebenundneunzig Pfennig?“

Auch ein Welträtsel! sprach der alte Häckel, als er als alter Civis academicus Berolinensis nicht zur Jubiläumsfeier eingeladen wurde. „Ich hätte mich wohl in meinem Leben mehr mit der Deszendenz der höheren und höchsten Wirbeltiere beschäftigen sollen.“

Das schmutzige Taschentuch. „Nun weiß ich doch wieder nicht, was der Knoten in meinem Taschentuch bedeuten soll!“ — „Vielleicht wolltest du es mal waschen lassen?“

Musikalisch. Dame: „Ist die Melodie leicht zu singen?“ Herr: „Ich weiß nicht, ich pfeif' sie immer bloß.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 48. Mittwoch, den 7. Dezember 1910.

Ländliche Idylle.

Skizze von Ferd. Hanusch.

„Wenn du für deine Hühner nichts zu fressen hast, so halt' dir keine!“ schrie die Bangl-Bäuerin über den Zaun.

„Wenn deine rotköpfigen Bälger noch einmal in meinen Garten kommen, so schlag' ich ihnen die Knochen entzwei!“ kam es schreiend aus dem Garten des Richter-Bauern. An der Stimme erkannte man, daß diese Worte von einem wütenden Weibe, der Richter-Bäuerin, kamen.

Wer weiß, wie weit dieser Streit noch geführt hätte, wenn nicht der Bangl-Bauer gekommen wäre, der seinem Weibe mit einigen derben Sätzen kategorisch erklärte, den Streit zu beenden und sich ins Haus zu verfrachten.

Knurrend und brummend zogen sich beide Streitteile zurück. Beide Teile waren durch diese Störung unangenehm berührt. Die Bangl-Bäuerin ärgerte es, weil sie mit ihrem Schimpfwörterlexikon noch nicht fertig war, die Richter-Bäuerin war unzufrieden, daß man ihr die Gelegenheit nahm, die Schärfe ihrer Fingernägel in dem fleischigen Gesicht ihrer Gegnerin zu erproben.

Dieser Streit wurde wegen einer Henne geführt, die vor dem Privateigentum so wenig Respekt hatte, daß sie einfach den Staketenzaun, welcher das Eigentum beider Nachbarn abgrenzte, übersetzte. Die Henne gehörte der Richter-Bäuerin — die rotköpfigen Kinder der Bangl-Bäuerin. Die erstere schnitt der Henne die Flügel ab — die zweite klopfte die Rotköpfigen ordentlich durch, damit sie es wissen, daß sie sich zwar in Zukunft die reifen Äpfel und Birnen über den Zaun ansehen, aber nicht nehmen dürfen.

Die Sonne beschien weiter beide Gehöfte; der Regen benetzte weiter die grüne Saat; der Grundbach floß weiter murmelnd durch das weltentlegene, stille Tal; weiter sangen die Vögel in den grünen Tannen, aber zwischen den Nachbarn war bittere Feindschaft.

Ging die Bangl-Bäuerin am linken Weg auf das Feld, so ging die Richter-Bäuerin am rechten; ging der Bangl-Bauer in das obere Wirtshaus, so ging der Richter-Bauer in das untere. Es war, als müßte eines dem anderen ausweichen, um nicht in die Fußstapfen des Feindes zu treten.

Nur etwas hatten die Feinde gemeinsam: den Steg, der über den Grundbach führte und den beide Parteien benützen mußten, um auf ihre Felder zu gelangen. Solange die beiden Gehöfte standen, hatte man denselben gemeinsam benützt, gemeinsam ruiniert und gemeinsam repariert und nie war deshalb ein Streit . . .

Aber wenn Freunde Feinde werden, dann ist das ganze Sinnen und Trachten darauf gerichtet, etwas zu ersinnen, um dem Feinde einen Schaden zufügen zu können. Fremde Menschen üben gegeneinander Rücksicht — zu Feinden gewordene Freunde können einander vernichten, ohne mit der Wimper zu zucken.

Eines Tages kam der Bangl-Bauer zum Grundbuchsführer in die Stadt, drehte verlegen seinen Hut zwischen den schwieligen Fingern und sah zögernd den alten Beamten an, als wüßte er gar nicht, warum er eigentlich hergekommen:

„Recht schön bitten tät ich halt den Herrn, wenn er wollt so freundlich sein und wollt mir einmal 's Grundbuch aufschlagen. Recht schön bitten tät ich halt, deswegen, damit ich wissen könnt, wem der Steg gehört, der bei meinem Hof über den Grundbach führt.“

Nach einer Weile verließ der Bangl-Bauer mit verschmitzt lächelndem Gesicht das Amtsgebäude und steuerte gemächlich seinem Hofe zu.

Als die Richterischen den andern Morgen erwachten, staunten sie nicht wenig: vor dem Steg war eine weiße Stange mit einer Tafel zu sehen, auf welcher jeder, der des Lesens mächtig war, lesen konnte: „Fremden Ist där Übergang über dän Stäg Verboten.“

„Brut, verdammte!“ tobte die Richterin. „Gesindel elendes!“ sekundierte der Richter. Beide vergaßen diesen Morgen auch das Morgengebet.

Sie wären ja beide für die Anbringung der Tafel gewesen, aber daß man dieselbe ohne ihr Wissen angebracht hatte, das war wieder so eine Herausforderung und das ärgerte sie, wie sich eben nur Menschen ärgern können, die man einfach ignoriert. Für sie hatte ja diese Tafel keine Bedeutung; sie waren keine Fremden, da es von altersher so Brauch war, daß die Leute beider Höfe diesen Steg benutzten und daran konnte sich doch in einer Nacht nichts ändern.

Was kann aber nicht alles in einer Nacht geschehen? Menschen werden geboren und Menschen sterben; Feuersbrünste verheeren die Wohnstätten der Menschen und Erdbeben verwandeln Städte in Schutthaufen; alles das kann geschehen in der Zeit, in welcher die Sonne im Westen sinkt und im Osten aufsteigt. Warum soll es denn nicht möglich sein, daß sich das Eigentumsrecht eines Steges über Nacht ändert? Die Richter-Bäuerin war im Begriff, mit dem Grastuch am Rücken, den Steg zu überschreiten, da hörte sie die fauchende Stimme ihrer Nachbarin: „Hast nicht lesen gelernt in der Schule, daß du nicht siehst, daß der Übergang für Fremde verboten ist?“

„Die Haxen schlag ich dir entzwei, wenn du noch einmal über den Steg gehst!“ ergänzte ihr Mann, der auf das Geschrei seines Weibes unter die Tür getreten war.

„Der Steg ist für uns so gut da wie für euch!“ schrie die Richter-Bäuerin zurück und ging weiter über den Steg.

„Drüben bist, aber herüber kommst nicht mehr!“ riefen ihr beide nach. „Drüben bist, aber herüber kommst nicht mehr!“ echoten die Rotköpfigen, die sich zwischen die Eltern drängten.

Der Bangl-Bauer war an diesem Tage zu keiner rechten Arbeit zu bringen. Den ganzen Tag saß er bei dem großen Tisch und sah auf die Berglehne gegenüber des Steges, ob nicht bald die Nachbarin kommt. Endlich bewegte sich weit oben ein dunkler Punkt, der immer näher gegen das Tal kam — kein Zweifel, der Moment war da.

„Alte!“ rief er hinaus in den Hof und die Alte wußte, was dieser Ruf zu bedeuten hatte. Beide standen hinter der Tür und lauerten . . . Kaum hatte die Nachbarin, die mit einer großen Grasbürde vom Berg herunterkam, den Fuß auf den Steg gesetzt, als auch schon beide aus ihrem Versteck hervor- und auf die Nachbarin losstürzten.

„Jesus, Maria, Joseph! . . . Hilfe!“ schrie die geängstigte Richter-Bäuerin. Mehr brachte sie nicht heraus, da die derben Fäuste des Bangl-Bauers und seiner Ehehälfte es bereits fertiggebracht hatten, ihr die Kehle zuzuschnüren und sie auf den Boden zu werfen. Auf dieselbe Nachbarin, ohne die man früher keinen Tag hätte leben können, wurde jetzt unbarmherzig losgeschlagen und die gemeinsten Schimpfnamen schwirrten durch die Luft. —

Da funkelte einen Moment eine stählerne Waffe im Abendsonnenschein — und mit einem „Jesus Maria!“ brach die Bangl-Bäuerin auf dem Steg zusammen . . . Die Angegriffene hatte ihr die Sichel in die Brust gestoßen . . .

Murmelnd floß der Bach unter dem Steg weiter, und langsam sickerte das Blut durch die Fugen der Bretter in das klare Wasser . . .

Als die Sonne den letzten goldenen Strahl in das Tal warf, mußte ein blühendes Menschenleben als Opfer des Eigentumsfanatismus von dieser Erde Abschied nehmen.

Gemütsmenschen.

Skizze von W. Schuch.

Am Klavier hockt ein kleines, buckliges Männchen. Sein faltenreiches, hageres Antlitz ist mit einer langen geröteten Adlernase geziert. Die hohlen, knochigen Schultern ragen kaum bis in die Klaviatur heran, so daß er die langen Arme hoch heben muß, um die Tasten berühren zu können.

Das Lokal, in dem dieser abgebrochene Riese Klavier klimpert, ist mit fröhlichen Gästen dicht besetzt. — Man muß schon genau hinschauen, um zwischen den Köpfen der Leute hindurch das winzige Männchen überhaupt zu erblicken.

Die mageren Hände mit den knochigen Fingern fuchteln fleißig über die Tasten hinweg.

Ein lustiger Walzer ist vorüber. Jetzt kommt ein Potpourri von Kneiplidern:

„Im tiefen Keller sitz' ich hier . . .“

„Es steht ein Wirtshaus an der Lahn . . .“

„Edite, bibite, collegiales . . .“

klingt es zu mir, der ich in einer Ecke als stiller Beobachter sitze, herüber.

Die meisten Gäste, hauptsächlich die dicken, mit den vollen Bierbäuchen, singen aus voller Kehle mit.

Nicht weit von mir, an einem Tische, sitzen zwei wohlgenährte Bürger. Ihr Habitus läßt darauf schließen, daß es den Herren gut geht. In ihren geröteten, fleischigen Gesichtern funkeln die kleinen Augen wie bei einem fidelen Schweinchen, das man am Rücken kratzt. Schwere, goldene Uhrketten hängen an ihren Bäuchen. Hin und wieder holt der eine oder der andere ostentativ seinen goldenen Chronometer heraus. — Time is money!

Während ich erst ein lumpiges Gläschen Bier getrunken habe, bestellen die Herren bereits das achte; — jedesmal durch einen Bleistift es am Bieruntersatz markierend.

Das lustige Potpourri des buckligen Männchens am Klavier hat sie offenbar in Stimmung versetzt, denn sie gröhlen die Kneiplieder im Baßton vergnügt mit.

Jetzt erhebt sich der Ritter von der traurigen Gestalt. — Nachdem er die Gesellschaft um sich herum mit klugen Augen gemustert, nimmt er einen Bieruntersatz zur Hand! Freundlich grinsend, tiefe Bücklinge und Komplimente machend, geht er von Tisch zu Tisch und bittet um eine Kleinigkeit.

Die Gaben scheinen nur sehr spärlich zu fließen, denn so viel ich aus meiner Ecke beobachten kann, wendet der eine seinen Kopf nach einer anderen Richtung, um sich mit seinem Nachbar zu unterhalten; ein anderer greift zur Zeitung, um darin zu lesen; ein dritter nimmt das Bierglas vor den Mund, um damit zu dokumentieren, daß er momentan keine Zeit hat, in das Portemonnaie zu greifen.

Der arme Teufel, der kurz vorher fast sämtliche Gäste so außerordentlich erheitert hat, naht sich jetzt auch dem Tische, woran die beiden wohlgenährten Bürger sitzen.

Ein tiefer Bückling, ein Kompliment: „Bitte meine Herren, für den Klavierspieler!“ mit diesen Worten hält er bescheiden den Bieruntersatz vor.

Eine Zeitlang stieren die „Herren“ den Mann an. Zweifellos fehlt es ihnen an einer guten Ausrede, um sich vor den paar Pfennigen zu drücken; dann erhebt der eine seine Stimme:

„Wir haben nichts gehört!“

Das bucklige Männchen bleibt noch ein Weilchen stehen und hält den Untersatz vor, dann geht er an einen anderen Tisch, um sein Glück zu versuchen . . .

„Wenn Du aber gar nichts hast,
O, so lasse Dich begraben. —
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.“

Hinter Schutz- und Trutzgittern.

Bilder aus dem Irrenhause.

Nachdruck verboten.

II.

Die Wach- und Tobsäle; die Zellen.

Interessanter und lauter, als auf dem Korridor, es ist es in den Krankensälen. Sehen wir einmal in die Betten. Im ersten liegt ein Greis; hilflos wie ein kleines Kind, bedarf er besonderer Wartung und Pflege, denn er wird gewaschen, gefüttert, geführt und gestützt; er lallt unverständliche Worte, erkennt seine Angehörigen nicht mehr usw., ist aber sonst völlig ungefährlich und ruhig. Greisenwahn nennt man diese Krankheit.

Das Nebenbett ist ein sogenanntes Kastenbett mit anderthalb Meter hohen gepolsterten Wänden ringsherum: bettflüchtige Patienten legt man in ein solches Bett. Eben will jemand neugierig hineinsehen. „Mensch, laß die Pferde in Ruhe“, schreit es ihm entgegen, und ein aufgedunsenes, rotes, schweißtriefendes Gesicht taucht am oberen Bettrande auf. Mit stark zitternden Händen wirft der Kranke seine beiden Wollbettdecken aus dem Bett, derart, als ob er Pferde damit zudecke. „Weg da vom Wagen“, brüllt er jetzt. Es ist nämlich ein Kutscher, der im Delirium sein Bett für sein Fuhrwerk hält.

An einem andern Bett mit halbmeter hohen Polsterwänden halten am Kopfende zwei Pfleger Wache; ein hartnäckiger Selbstmordkandidat bedarf ihrer. Jeder Versuch, sich kopfüber aus dem Bett zu stürzen oder mit dem Schädel gegen die Wand oder mit Kopf und Armen in ein Fenster zu laufen, wird durch sanfte und schnelle Gewaltgriffe der Wärter verhindert. Ein wimmerndes Aufschreien veranlaßt einige Pfleger, dem Bette eines Mannes zuzueilen, der einen heftigen Krampfanfall hat. Bis dieser vorüber ist, muß er an den Armen und Händen gehalten werden, damit er sie sich nicht zerschlägt; aus dem Munde quellender, blutgemischter Schaum wird abgewischt, und nach wenigen Minuten ist der Bedauernswerte, völlig ermattet, eingeschlafen.

Ein andres Bild: der Tobsaal. Er hat nur hohe Kastenbetten. Kein Bett ist keine Sekunde ohne Aufsicht. Mit hochgehobenen gefalteten Händen steht in einem Bette ein junger Mann und betet laut; er steigt auf den Bettrand: man läßt ihm möglichst seinen Willen. Mit dem Ausruf: „Ja, mein Gott, ich komme zu dir“, will er plötzlich am Fensterbrett hochklettern, wird aber sofort gewaltsam wieder gebettet und muß oft viele Minuten gehalten werden. Eine lebhafte Unterhaltung wird in den beiden Nebenbetten getrieben. Der eine Kranke ist „Oberkaiser von Europa“, der andre „Fürst aller Antipodenstaaten“; letzterer steht nach seiner Meinung sogar im Gothaischen Hofkalender. Als nun der Fürst einmal dem Herrn Oberkaiser nicht mit dem nötigen Respekt antwortet, wirft Majestät sein Kopfkissen zum Fürsten; dann kommt es zum Handgemenge, das sicher blutig ablaufen würde, wenn die Pfleger nicht Frieden stifteten. Einem andern Bett entsteigt ein Mann mit den Worten: „Ja, ja, ich komme schon“ und läuft eiligst an die Wasserleitung und telephoniert in den Hahn hinein: „Ist dort meine Leibgarde? Bewaffnet euch bis an die Zähne und verhaftet sofort alle Pfleger hier. Meine Frau soll kommen und mir Rock und Hose bringen; die Bande hier hat mir alles weggenommen.“ Und ruhig legt sich der Patient wieder ins Bett. In drei Decken gewickelt und fest geschnürt, nur Kopf und Füße sichtbar, liegt auf einem Bett ein an Wutanfällen leidender Mann regungslos, aber wütend um sich sehend, da, während sein Nachbar seit vier Tagen jede Nahrungsaufnahme verweigert in dem Wahn, die ihm gereichten Speisen und Getränke seien vergiftet; von dieser Idee läßt er selbst dann nicht, als ein Pfleger vorher in seiner Gegenwart von den Speisen kostet. Der Kranke muß mit einem Schlauch durch die Speiseröhre, und später, als er versucht, ihn zu durchbeißen, durch die Nase gefüttert werden.

Heftige Faustschläge an eine Tür werden vernehmbar; es ist im Zellenraum, in dem sich drei, mit Eisenblech beschlagene Türen befinden, die in die Zellen führen. Während die Wach- und Tobsäle öde erscheinen, da außer den Betten kein Mobiliar, kein Bild, keine Uhr, kein Spiegel darin zu finden ist, sind die Zellen erst recht leer. Zum Teil nur nachts dürfen manche Zelleninsassen einen festen Strohsack nebst fester Decke — beides unzerreißbar — bekommen. In der ersten Zelle sitzt in einer Ecke ein älterer Mann; er ist mit einem „festen Anzug“ bekleidet, d. h. einem aus einem Stück gefertigten vollständigen Anzug, der auf dem Rücken durch acht Schrauben geschlossen wird. Der Patient leidet an paralytischen Anfällen und ist dabei für seine Umgebung gefährlich; augenblicklich ist er ruhig und hält Selbstgespräche. Desto lauter ist sein Nebenmann, der vorhin an die Tür schlug. Ganz nackt läuft er von einer Wand zur andern. Dann schlägt er mit der Faust gegen das Zellenfenster, dessen ein Zentimeter dicke und mit Draht durchflochtene Scheibe undurchsichtig und unzerbrechlich ist. In der dritten Zelle endlich haust ein Delirant, nur mit Hemd bekleidet. Er sieht Mäuse und Ratten auf dem Fußboden, Spinnen an den Wänden und macht Jagd auf sie.

Aus dem Arztzimmer.

Jeder neue Kranke wird durch den Stationsarzt genau untersucht. Die Untersuchung findet im Arztzimmer statt. Sie erstreckt sich auf die eigenen Angaben des Patienten über Vorgeschichte und Ursache seiner Erkrankung, auf die körperliche Untersuchung und auf die Intelligenzprüfung. Der gesamte Befund wird vom Arzt einem schreibgewandten Patienten, dem „Arztschreiber“ diktiert. Recht heitere Antworten kommen bei diesen Untersuchungen vor.

„Wie sind Sie hereingekommen?“ fragt der Arzt einen Kranken und erhält als Antwort: „Wie ich hier reingekommen bin, weiß ich schon; sagen Sie mir aber, wie ich hier wieder rauskomme.“ — Einem den Alkoholgenuß abstreitenden Trinker wird seine rote Nase vorgehalten, worauf der Patient zum Arzt, der zufällig eine etwas gerötete Nase hat, sagt: „Na, wissen Sie, vom Schokoladetrinken haben

Sie Ihre rote Nase doch auch nicht.“ — „Mußten Sie denn jeden Abend betrunken nach Hause kommen?“ fragt der Doktor. „Ach, Herr Stabsarzt,“ sagt betrübt der Kranke, „dabei trinke ich doch so langsam.“ — Vorwurfsvoll meint ein sehr korpulenter Arzt zu einem entlassungsfähigen Kranken, der noch nicht entlassen sein will: „Sie als kräftiger Mensch könnten doch draußen schnell Arbeit finden“; der Patient antwortet? „Sie doch auch, denn Sie haben ja ein Kreuz wie ein Ziehhund, Herr Doktor.“ — Freundlich lächelnd stellt der alte Anstaltsdirektor die Frage: „Sie trinken wohl gern einen?“, worauf schnell die Entgegnung: „O ja, Herr Geheimrat, wenn Sie gerade einen da haben!“

Bei der Intelligenzprüfung werden u. a. sogenannte Unterschiedsfragen gestellt, z. B.: Was ist der Unterschied zwischen einem Soldaten und einem Schutzmann? Die Antwort hierauf lautete einmal: „Ein Soldat wird angeschnauzt, der Schutzmann schnauzt an.“ — Wieviel Beine hat der Maikäfer? Die Meinung hierüber ist sehr verschieden: zwei, vier, sechs bis zu zehn Stück wurde geantwortet; auch „gar keine, er fliegt ja“ und „unzählige“ wurde zur Antwort gegeben. — Ein Patient hat den Chinafeldzug mitgemacht, erzählt Kriegserlebnisse und schließt die Schilderung eines Patrouillenritts mit folgenden Worten: „Und denken Sie, Herr Doktor, trifft mich zuletzt noch eine wohlgezielte Kugel.“ „Wo?“ fragt der Arzt. „Mitten durchs Herz!“ — „Wie reisen Sie von hier nach Amerika?“ wurde einmal folgendermaßen beantwortet: „Zuerst per Bahn nach Hamburg, dann per Schiff durch die Nordsee bis Neuyork? Hierauf fragt der Arzt weiter: „Fährt man denn auf der Nordsee direkt bis Neuyork?“ „I Gott bewahre,“ entgegnete der Kranke, „Ecke Nordsee und Atlantischen Ozean muß man natürlich umsteigen.“

(Schluß folgt.)

Für unsere Frauen.

Die Beteiligung der norwegischen Frauen an den letzten Parlamentswahlen.

Von Paul Parfy.

Die letzten Wahlen zum norwegischen Parlament wurden bekanntlich schon unter jenem neuen Gesetz vorgenommen, das den Frauen das Stimmrecht verlieh: allerdings sind nicht alle Frauen stimmberechtigt, sondern nur diejenigen, die ein gewisses Mindesteinkommen versteuern, und nur ungefähr drei Fünftel aller erwachsenen Frauen Norwegens erfüllen diese Bedingung; zwei Fünftel bleiben davon ausgeschlossen, während das Wahlrecht für die männlichen Bewohner allgemein ist. Diese Bevorzugung der begüterten Hälfte der Frauen beim Wahlakt insbesondere gegenüber dem weiblichen Proletariat auf dem Lande mußte naturgemäß plutokratisch wirken und hat auch tatsächlich den konservativen und gemäßigtliberalen Gegnern des radikalen Ministeriums Knudsen die Mehrheit im Parlament gegeben, einen Regierungswechsel veranlaßt.

Mehr aber als diese parteipolitische Verschiebung dürfte uns die Art und Weise interessieren, mit der Frauen als solche wählen konnen! In Norwegen taten sie es mit einer Selbstverständlichkeit, die alle Erwartung übertraf. Nirgends ergaben sich irgend welche Schwierigkeiten, nirgends Zwietracht und Unruhe. Andererseits war das Interesse der Frauen an den Wahlen, ihre Teilnahme an den öffentlichen Versammlungen überaus rege.

Am Vorabend der Parlamentswahlen in Christiania wohnte ich einer großen Wahlversammlung bei, die von den verbündeten Parteien der Konservativen und der Gemäßigtliberalen einberufen worden war. Unter den 1200 Erschienenen befanden sich mindestens 700 Frauen; unter den Kandidaten der Rechten und des Zentrums eine Frau, Anna Rogstad, Führerin der Gemäßigtliberalen, die auch das Wort ergriff.

Auf beiden Seiten der Tribüne, von der nacheinander die einzelnen Redner sprachen, waren zwei große Leinwandtafeln angebracht, auf denen die beiden politischen Programme der verbündeten Parteien und ebenso die der beiden gegnerischen Parteien, der radikalen Regierungspartei und der sozialistischen Arbeiterpartei, verzeichnet waren, auf daß alle Versammelten selbst einen Vergleich der Programme vornehmen könnten. Alle diese Programme hatten indes das eine gemeinsam, daß sie eine Ausdehnung der Frauenrechte, das allgemeine Stimmrecht für die Frauen wie für die Männer verlangten. Auch der sachlich nüchterne Charakter und Wortlaut der Programme war interessant, weil er dem politischen Scharfblick der Wähler und Wählerinnen, die nicht nach Schlagworten, sondern in gründlicher Erwägung aller sachlichen Momente urteilten, ein günstiges Zeugnis ausstellt. Auch die Aufmerksamkeit des Auditoriums und vor allem die der Frauen, war eine musterhafte. Zwei Stunden hindurch lauschten sie den Reden, zwei Stunden lang gab es kein Zeichen der Unruhe, der Ermüdung in der großen Versammlung; während die Redner und die Rednerinnen mit großer Sachlichkeit Einzelkritik an dem Gesetz über Verstaatlichung der Wasserkräfte und dem Regierungsentwurf über Trunksuchtsbekämpfung übten, blieb das gespannte Interesse aller anwesenden Männer und Frauen bestehen.

Besonders fesselnd war das Expose der Frau Anna Rogstad, einer Lehrerin von etwa vierzig Jahren und Führerin der Frauenbewegung. Mit großer Schärfe entwickelte sie ihr Programm des gemäßigten Liberalismus, dessen Ziele in der Förderung privater Initiative auf allen Gebieten ökonomischer und kultureller Arbeit gipfeln.

Die Kandidatin las ihre Rede mit klarer, doch wenig modulierter Stimme; nur wenigemal, als sie eine ironische Bemerkung über die Gegenpartei einschaltete, flog ein Lächeln über ihre Züge. Ihre Ausführungen galten hauptsächlich der Alkoholfrage, der gegenüber sie jedoch einen weitaus gemäßigteren Standpunkt einnimmt als die Frauen der fortgeschritteneren politischen Parteien; nur wenige Worte widmete sie der Frauenfrage selbst, das Erreichte schien ihr für den Augenblick zu genügen.

Die Wahlen des nächsten Tages brachten den Sieg der verbündeten konservativen und liberalen Parteien, und Frau Rogstad war unter den Siegern.

In den folgenden Tagen wohnte ich dem Wahlakt in den Provinzstädten, vor allem in Bergen und Drontheim bei. Der Eindruck war überall der gleiche, der völliger Ruhe, tiefen Ernstes und einer gewissen Selbstverständlichkeit, mit der die Frauen ihre neuen Rechte ausübten. Auch in den Arbeitervierteln, in denen Männer und Frauen nach vollbrachtem Tagewerk zur Urne schritten, gleiche Ruhe, gleicher Ernst. Man verteilt Broschüren, die zur Wahl des sozialistischen Kandidaten auffordern; Männer und Frauen, Arbeiter und Arbeiterinnen ziehen zur Urne, um ihrer Bürgerpflicht zu genügen, die letzteren oft matten Schrittes, von der Werkstatt ermüdet, aber doch voll Ernst in den Zügen.

Die folgenden Tage wieder hatte ich Gelegenheit, den Wahlen auf dem flachen Lande beizuwohnen. In Nestun, an der Landstraße von Christiania nach Bergen, sah ich ein farbenprächtiges Bild; Alle die Bäuerinnen aus dem Hardangergebiet in der Nationaltracht kamen zur Urne und gerade die Einung der traditionellen Kleidung, des traditionellen Benehmens mit dem neu erworbenen Rechte, dem sie stolz Ausdruck gaben, zeigte eine interessante Verknüpfung von Vergangenheit und Zukunft. Ihren Stimmzettel legten sie in die Urne, als wäre er ein Brief, ruhig und einfach, und dann bestiegen sie wieder ihr Gefährt und kehrten in ihr Heimatsdorf zurück.

Wieder ein anderes Bild im Fjordgebiet, wo Fischer und Seeleute wohnen, eine Ansiedlung von der anderen durch hohe Felsen oder das Meer getrennt. Die mangelhaften Verkehrsmittel machen da die Ausübung des Stimmrechtes besonders schwer, und doch ist die Zahl der sich des Stimmrechts Enthaltenden klein; die Norweger Männer und Frauen tun eben alles, bieten jeder Schwierigkeit Trotz, um ihre Bürgerpflicht freudig zu erfüllen.

In einem Fjordgebiet in der Nähe von Bergen konnte ich eine eigenartige Vorkehrung beobachten. Da bei den großen Entfernungen, die die einzelnen Niederlassungen vom Wahlbureau trennen, dasselbe für die Wähler kaum erreichbar gewesen wäre, hatten sich alle politischen Parteien zusammengetan, Konservative und Sozialisten, Liberale und Radikale, und ein Schiff gemietet, das Wahlschiff, das von einer Landungsstelle zur anderen fuhr, überall Wähler und Wählerinnen mit sich nehmend und zum Wahlakt befördernd, von wo sie es auch abends wieder heimbrachte. Den ganzen Tag über dauert eine solche Fahrt, und man kann sich leicht vorstellen, daß das Gespräch an Bord sich überwiegend um Politik drehte; kein Zwiespalt jedoch brach aus, alle Wähler bewahrten eine sittige Mäßigung, trotz der Verschiedenheit der Ansichten.

Noch später ging ich ins Nordland nach Finnmarken, wo sich mir ein ganz anderes Bild darbot, einsame Städtchen, zu denen die lappischen Wähler über die beschneiten Straßen fahren. Ein lappischer Schullehrer, übrigens Sozialist, vertritt den Bezirk Vadsö an der äußersten Grenze gegen Finnland zu; auch hier Männer und Frauen als Wähler mit regem Interesse für ihre Amtshandlung.

Um die Resultate des Frauenstimmrechtes in den Vertretungskörpern selbst zu studieren, durfte ich natürlich nicht

nieder! Möge die Arbeiterschaft das nicht vergessen, denn es wird die Zeit kommen, wo man sie auf den liberalen Leim zu locken versuchen wird.

Die Einführung der zweiten Lesung in der Bürgerschaft soll nunmehr in Bälde folgen; der Senat hat seinen ablehnenden Standpunkt aufgegeben und will dem Bürgerausschuß noch im Laufe dieses Monats eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. So wurde dem Entdecker der psychischen Seuche Dr. Ziehl auf seine Anfrage vom Senatstische berichtet. Es bleibt abzuwarten, wie diese Vorlage aussehen wird.

Bei dem Senatsantrag auf Bewilligung von Mitteln für die Anstellung von Schulärzten trat Genosse Dr. Schlomer warm für die Einführung der Zahnpflege und für Einrichtungen zur Verhütung und Beseitigung von Schulkrankheiten ein. Ein Antrag, die schulärztliche Fürsorge über den ganzen Staat Lübeck auszudehnen, wurde von sozialdemokratischer Seite unterstützt und schließlich von der Bürgerschaft angenommen.

Eine lange Debatte zeitigte die Senatsvorlage betreffend die Wasserversorgung des Ansiedlungsgebiets Klücknitz. Genosse Dr. Schlomer kritisierte scharf die dortige Bodenspekulation, durch welche die Mieten für Arbeiterwohnungen eine unerschwingliche Höhe erreicht haben und verlangte, daß der Staat auf seinem Grund den Bau von Arbeiterwohnungen fördere. Mit Recht konnte unser Redner hervorheben, daß er die gegenwärtigen schlimmen Arbeiterwohnungsverhältnisse bereits im Anfang des Jahres vorausgesagt habe, während man ihm damals vom Senatstische und aus der Bürgerschaft entgegengetreten sei. Auch verschiedene bürgerliche Mitglieder waren der Ansicht Schlomers. Der Unternehmer, der den Grund und Boden so nutzbringend für sich zu verwerten weiß, hatte — wie das bei uns üblich geworden ist — seinen Verteidiger, pardon juristischen Beistand, in der Bürgerschaft sitzen, der dann auch nachwies, daß in Klücknitz alles tipptopp ist. Daß die Bürgerschaftsmitglieder eigentlich Vertreter der Allgemeinheit unserer Bevölkerung sein sollten, sei für Unwissende so nebenbei bemerkt. Die Vorlage wurde schließlich an eine sozialistenreine Kommission verwiesen.

Die vom Senat beantragte Aufhebung der Lehrerinnenbildungsanstalt gab unserem Genossen Böger Gelegenheit, zu konstatieren, daß die Mehrheit der erstklassigen Bürger es ist, welche hier ein Stück Kulturarbeit zu Grabe trägt.

Nach der Annahme einer Reihe weiterer Anträge wurde die Bürgerschaftsversammlung auf kommenden Montag vertagt.

Der Bürgerausschuß befürwortete resp. genehmigte in seiner heutigen Sitzung folgende Senatsanträge: 1. Nachbewilligung von 547,77 Mk. für Umänderungsarbeiten in den städtischen und vorstädtischen Schulhäusern. 2. Bauliche Veränderungen im Schulhause zu Travemünde. 3. Verlängerung des Wasserhauptrohres in der Kaiserallee zu Travemünde. 4. Herstellung eines Lagerplatzes am nördlichen Ende der Vorwerker Wiesen. 5. Auswechselung der Rohre der Saugeleitung nach dem Warmbadehause in Travemünde. 6. Nachbewilligung von 1235,86 Mk. auf Artikel 23, IX, 3 des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1909. 7. Verstärkung der im Artikel 7, III der Ausgabenseite des Staatsbudgets für 1910 ausgeworfenen Geldmittel. 8. Neudeckung des Daches auf dem Arbeiterkaten des Hofes Niemark. 9. Bewilligung von Mk. 5000 zur Instandsetzung des Hauptfahrweges auf der Teerhofsinsel. An eine Kommission verwiesen wurde der Senatsantrag betr. Feststellung der im Rechnungsjahre 1911 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Sielarbeiten.

Zum Ergebnis der Volkszählung schreibt das Statistische Amt: Das endgültige Ergebnis der Volkszählung wird wahrscheinlich noch etwas höher sein als das vorläufige, es dürften annähernd 99 000 Einwohner herauskommen. Das sind fast 2000 mehr als nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes erwartet werden konnten. Die erfreuliche Differenz erklärt sich daraus, daß das Meldeamt die Abzügler in den letzten 5 Jahren vollständiger erfaßt hat als in den Jahren 1900—1905. Nach dem Ergebnis der Zählung von 1905 kamen auf je 100 Abziehende 3,036 Personen, die ohne Abmeldung von Lübeck fortgezogen waren; dementsprechend hat das Statistische Amt in den letzten fünf Jahren die gemeldete Zahl der Abzüge regelmäßig um 3,036 Proz. erhöht. Die neue Zählung zeigt, daß dieser Zuschlag zu hoch war, daß neuerdings weniger unabgemeldet aus Lübeck abgewandert sind, als nach den Ergebnissen früherer Zählungen anzunehmen war. Unser Wanderungsgewinn war infolgedessen in den letzten fünf Jahren wesentlich höher, als die Fortschreibung des Statistischen Amtes vermuten ließ.

Einen großen Vortragsabend veranstaltet heute, Mittwoch, das Gewerkschaftskartell im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die hier bestens bekannte Gesellschaft Hackenberg hat ein reichhaltiges Programm zusammengestellt, das eine ganze Auswahl humoristischer und satirischer Vorträge aufweist. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 20 und für Kinder 10 Pfg. Die Arbeiterschaft wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Was in Lübeck an Alkohol getrunken wird, darüber machte Herr Direktor Dr. Hartwig vom Statistischen Amt im Verein für Schulgesundheitspflege nach der Meldung eines hiesigen Blattes folgende Angaben: Im Jahre 1908 wurden in Lübeck ausgegeben für bayerisches Bier ca. vier Millionen Mark, für Wein 2 Millionen Mark, für Branntwein 2 Millionen, insgesamt 8 Millionen Mark; pro Kopf der Bevölkerung 90 Mk. Demgegenüber betrug die Ausgabe für Fleisch 9 Millionen Mark, für Brot 3,2 Millionen Mark, für Milch 2,8 Millionen Mark. An Trunkenbolden konnten rund 500 ermittelt werden, auf je 100 Trinker 4,5 Trinkerinnen. Dabei beschränke sich der unmäßige Alkoholgenuß keineswegs auf die Arbeiterklasse. Auch wohlhabende Kreise stellen ein starkes Kontingent. Der Vortragende erwähnte, er kenne einen akademisch gebildeten Mann, der täglich 46 Seidel Bier und 11 Schnäpse zu sich nehme. Da haben die Abstinenten ja noch ein großes Tätigkeitsfeld zu beackern.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat November beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 784 652,11 Mk. Wertzuwachssteuer 3 300,46 Mk. Grundsteuer 11 149,47 Mk. Erbschaftssteuer, einschließlich Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 8 767,44 Mk. Veräußerungsabgabe 11 858,41 Mk. Stempelabgaben 11 697,20 Mk. Schiffsabgaben 46 306,27 Mk. Zusammen 877 826,36 Mk. gegen 762 445,98 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1910 mehr 115 382,38 Mk. Vom 1. April bis Ende November gingen insgesamt 3 814 377,11 Mk. ein, gegen 3 171 732,54 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1910 mehr 642 632,57 Mk. An diesem Mehrertrag ist die Einkommensteuer, auf die ja ein Zuschlag von 20 Proz. gelegt worden ist, mit 448 449,38 Mk. beteiligt. Dahingegen hat die Wertzuwachssteuer 144 612,94 Mk. weniger als im Vorjahre ergeben.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat November in 65 Fällen gemeldet; davon betrafen 32 Fälle Diphtherie, 18 Scharlach, 12 Masern und 3 Typhus.

Vereinigte Stadttheater. Das Stadttheater wurde im November 1910 an 30 Abenden von 17 685 Personen besucht, also durchschnittlich von 610 gegen 533 im November 1909. Der größte Besuch war am 18. November mit 1009 Personen („Onkel Bräsig"), der kleinste Besuch am 2. November mit 200 Personen („Die drei Klingelzüge"); an 4 Nachmittags-Vorstellungen von 3769 Personen, also durchschnittlich von 942 gegen 1017 im November 1909. — Das Stadthallentheater wurde im November an 9 Abenden von 1661 Personen besucht, durchschnittlich also von 185 gegen 315 im November 1909.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag kommt der Operetten-Schlager „Die geschiedene Frau" von Leo Fall zur Wiederholung. Am Freitag geht in neuer Einstudierung Adams reizvolle Oper „Der Postillon von Lonjumeau" mit Herrn Hans Siewert vom Hamburger Stadttheater als Gast in der Titelrolle in Szene. Das Gastspiel findet bei gewöhnlichen Opernpreisen statt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag abend 8 Uhr gelangt die Groteske „Der Herr Verteidiger" von Molnar und Halm, welche mit so großem Beifall aufgenommen wurde, zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonntag, dem 11. Dezember, wird die berühmte Tanzkünstlerin Rita Sacchetto in ihren Tanzpoesien ein einmaliges Gastspiel absolvieren. Dazu gehen die beiden Einakter „Talmas Ende" von Friedmann und Polgar und „Der Klavierlehrer" von Schönthan in Szene. Dieses Gastspiel findet bei gewöhnlichen Preisen statt, jedoch haben Dutzendkarten keine Gültigkeit.

Schlutup. Volkszählung. Gezählt wurden 585 Haushaltungen, 1210 männliche und 1496 weibliche Personen, zusammen also 2706 Personen.

Ost-Ratekau. Bei der Gemeinderatswahl erhielt die bürgerliche Liste die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Auf dieser Liste stand auch der Genosse P. Harde, der somit gleichfalls gewählt ist.

Eutin. Die Volkszählung ergab hier 3044 männliche und 3132 weibliche, zusammen 6176 Personen gegenüber 5402 Personen bei der letzten Volkszählung. Die Zahl der bewohnten Häuser betrug 702, die der Haushaltungen 1464.

Hamburg. Mohrsche Dankbarkeit gegen die bürgerliche Presse. Der Margarinefabrikant J. H. Mohr hatte einigen Berichterstattern Hamburg-Altonaer Blättern für ihm geleistete „treue Dienste" Geldsummen zuzuwenden versucht. Der Journalisten- und Schriftstellerverein faßte deshalb eine Resolution, in der er energisch Verwahrung dagegen einlegt, daß Reportern für ihre Tätigkeit im Dienste von Zeitungen von außerhalb der Presse stehenden Personen Geldzuwendungen gemacht werden. Es ist schon bezeichnend, daß Mohr solche Gelder bürgerlichen Journalisten anzubieten wagt.

Hamburg. Hamburgs Wachstum. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung betrug die Zahl der Einwohner der Stadt Hamburg am 1. Dezember 936 000, davon 464 300 männliche und 471 700 weibliche. Die Einwohnerzahl am 1. Dezember 1905 betrug 396 461 männliche, 406 332 weibliche, zusammen 802 793, das ist eine Zunahme von 133 210 oder 16,6 Proz. in den letzten fünf Jahren. Es hat seit 1905 keine Eingemeindung und nur eine unwesentliche Gebietsregulierung stattgefunden.

Altona. Der Vandalismus auf dem Friedhofe am Diebsteich sollte gestern vor dem Landgericht seine Sühne finden. Aus der Verhandlung geben wir hier nur ganz kurz die Tatsachen wieder. Angeklagt waren der Hausknecht Nehls, 23 Jahre alt, der Laufbursche Grunert, 15 Jahre alt, der Techniker Plett, 24 Jahre alt, der Arbeiter Kleinau, 19 Jahre alt, und der Mieter Haack, 17 Jahre alt. Diese Fünf haben in der Nacht vom 15. zum 16. Oktober in verschiedenen Lokalen miteinander gezecht. Stark angetrunken, zogen sie nach dem Tanzlokal „Storchnest", wo drei von ihnen zunächst die Ziersträucher an der Straße ausrissen und zerbrachen. In der Waidmannstraße stießen Nehls und Grunert einen Torpfeiler um und am Eisenbahndamm am Friedhofe zerschlugen Nehls und Haack ein paar Straßenlaternen. Dann zogen die ersten vier Angeklagten, außer Haack, nach dem Friedhofe und demolierten hier etwa 250 Grabsteine. Nach dem Augenscheinprotokoll der Gerichtskommission zeigte sich folgender Anblick: Auf beiden Seiten des Weges war von dem einfachsten Holzkreuze bis zu den schwersten Grabsteinen alles herausgerissen. Gewöhnlich stand der Sockel noch. In einzelnen Fällen waren die Steine nach dem Abreißen noch zerschlagen worden. Wo die Kraft des einzelnen nicht ausreichte, hatten mehrere Hand angelegt. Die Angeklagten gestanden ihre Taten im allgemeinen ein bis auf Plett, der vorgibt, sich nicht erinnern zu können. Ein Gutachten des Sachverständigen Dr. Neidhardt, der selbst nicht erschienen ist, erklärt dies aber für Simulation und Plett für vollständig verantwortlich für seine Handlungen. Der Staatsanwalt Kröner wünschte, daß das Gericht jede Milde ablehne und beantragte gegen Nehls drei Jahre sechs Monate, Plett drei Jahre zwei Wochen, Grunert ein Jahr drei Monate, Kleinau drei Jahre zwei Monate Gefängnis und Haack fünfzig Mark Geldstrafe. Das Urteil lehnte sich im wesentlichen den Ausführungen des Staatsanwalts an. Es lautete auf zwei Jahre drei Monate und zwei Wochen Gefängnis und vier Jahre Ehrverlust für Nehls, zwei Jahre drei Tage Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust für Plett, zwei Jahre fünf Tage Gefängnis für Kleinau, sechs Monate zwei Tage Gefängnis für Grunert und 30 Mk. Geldstrafe für Haack. Bei jedem der Angeklagten wurde ein Monat der Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Aus der Partei.

Die Polizei gegen den „Vorwärts". Wie der „Lokal-Anzeiger" erfährt, hat der Polizeipräsident v. Jagow gegen den „Vorwärts" Strafantrag gestellt und zwar wegen eines Leitartikels, der sich mit den Moabiter Streikkrawallen beschäftigt und in dem die Behauptung ausgesprochen wird, die aufreizenden Rufe aus der Menge seien von Polizeibeamten in Zivil ausgestoßen worden. Bekanntlich haben in dem gegenwärtig sich abspielenden Moabiter Prozeß völlig einwandfreie Zeugen das bestätigt, was der Berliner Polizeipräsident als eine Beleidigung der Polizei ansieht.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 6. Dezbr.

Auftrieb 1982 Schweine. Markt langsam geräumt, Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 63,00 bis 64,00 (50,50 bis 51,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 62,— bis 63,00 (49,— bis 49,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 63,00 bis 64,00 (49,50 bis 50,—) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 63,00 bis 65,00 (49,0 bis 50,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 57,00 bis 61,00 (43,50 bis 47,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 58,00 bis 61,00 (46,50 bis 49,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 52,00 bis 53,00 (40,50 bis 45,00) Mk.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:

W. P. . . . . 3,51 Mk.

Die Expedition.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Gefunden
hat jede Hausfrau das Rechte, wenn sie
Malzol
(echter, ärztl. empfohl. Malzkaffee m. nützl. Zugaben) verwendet. Gehalt und großer Nährwert zeichnen diesen Malzkaffee aus.
Ueberall erhältlich.
Vertr. Hans Wilms, Tel. 2065.

Achtung!
Steinsetzer
und Berufsgenossen.
Versammlung
am Donnerstag, d. 8. Dez.,
abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Zentralverband der
Zimmerer Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 8. Dezbr.
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission.
2. Winterbeitrag.
3. Aufstellung eines Kandidaten zur 19. Generalversammlung.
4. Innere Verbandsangelegenheit.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Panorama
Breitestr. 53, I., Fl.
Vom 4. bis 10. Dezember
Von Kairo
zu den Pyramiden.

Restaurant Zum blauen Beil
Große Burgstraße 45.
Großes Ausspielen von fetten Gänsen, Weihnachtsstarpsen u. Rauchfleisch
am Donnerstag, 8. Dez. 1910.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Wilh. Bubert.

Hansa-Theater
Anfang des Konzerts 8 Uhr.
Beginn der Vorstell. 8½ Uhr.
Große Spezialitäten-Vorstellungen.
Welt-Attraktionen
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten sind nur wochentags gültig.

Turnhallen-Bauverein.
General-Versammlung
am Donnerstag, d. 15. Dez.,
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Vorstandswahlen.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 8. Dezember. 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 72. Donnerst.-Ab. 11.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.
Freitag, 9. Dezbr. 7½ Uhr.
Gewöhnliche Opernpreise.
Gastspiel Hans Siewert
vom Hamburger Stadttheater.
Der Postillon von Lonjumeau.
Komische Oper von Adam.
In Vorbereitung! Neu!
Der Meister.
Komödie von Hermann Bahr.

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt für Herren 25 Pfg., für Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei.
H. Pagel.

Stadthallentheater.
Freitag, 9. Dezbr. Abds. 8 Uhr.
Der Herr Verteidiger.
Groteske von Molnar und Halm.
Sonntag, 11. Dezbr. 7½ Uhr.
Gewöhnliche Preise!
Dutzendkarten ungültig!
Einmaliges Gastspiel
Rita Sacchetto
in ihren Tanz-Poesien.
Dazu: **Talmas Ende.**
Tragikomischer Akt von Friedmann und Polgar.
Hierauf: **Der Klavierlehrer.**
Lustspiel von Schönthan.
Vorverkauf beginnt stets 2 Tage vor jeder Vorstellung in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 13.

Zur Aufklärung!

Unsere Margarine hat mit den Vorfällen in Hamburg nichts zu tun. Die beschlagnahmte Ware stammt aus der Fabrik der Altonaer Margarinewerke Mohr & Co. Altona-Ottensen, welche in Postpaketen an Privatpersonen liefert. Fordert deshalb in allen einschlägigen Geschäften nur **die altbewährten Margarine-Spezialmarken**

Rheinperle und Solo

und die **Pflanzenbutter**-Margarine

Cocosa

Wir garantieren für einwandfreie, tadellose Ware, die den besten Butterersatz der Jetztzeit bildet.

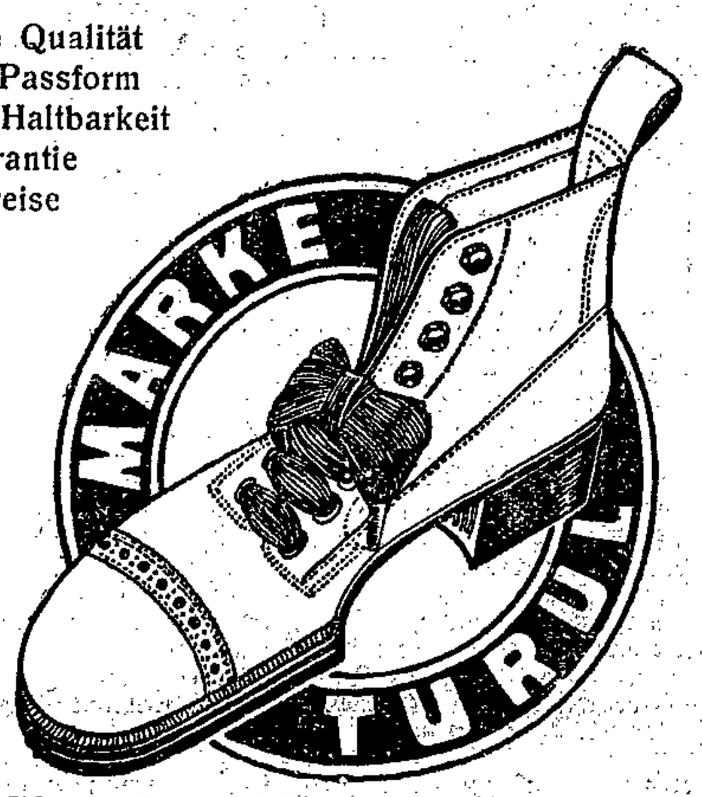
Holl. Margarine-Werke

Jurgens & Prinzen

G. m. b. H., GOCH (Rhld.)

Die Vorzüge unserer Schuhwaren

Tadellose Qualität
Elegante Passform
Erprobte Haltbarkeit
Volle Garantie
Billige Preise



Jedes Paar Herren- und Damenstiefel:

Spezialmarke ..... 7.25 M

Original

Goodyear Welt ..... 9.50 M

TURUL-SCHUHFABRIK:

Alfred Fränkel Com.-Ges.

Verkaufsstelle:

Lübeck, Breitestr. 49.

Verkaufsstellen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Geschäftsübernahme.

Hiermit zeige ich der geehrten Einwohnerschaft an, daß ich das

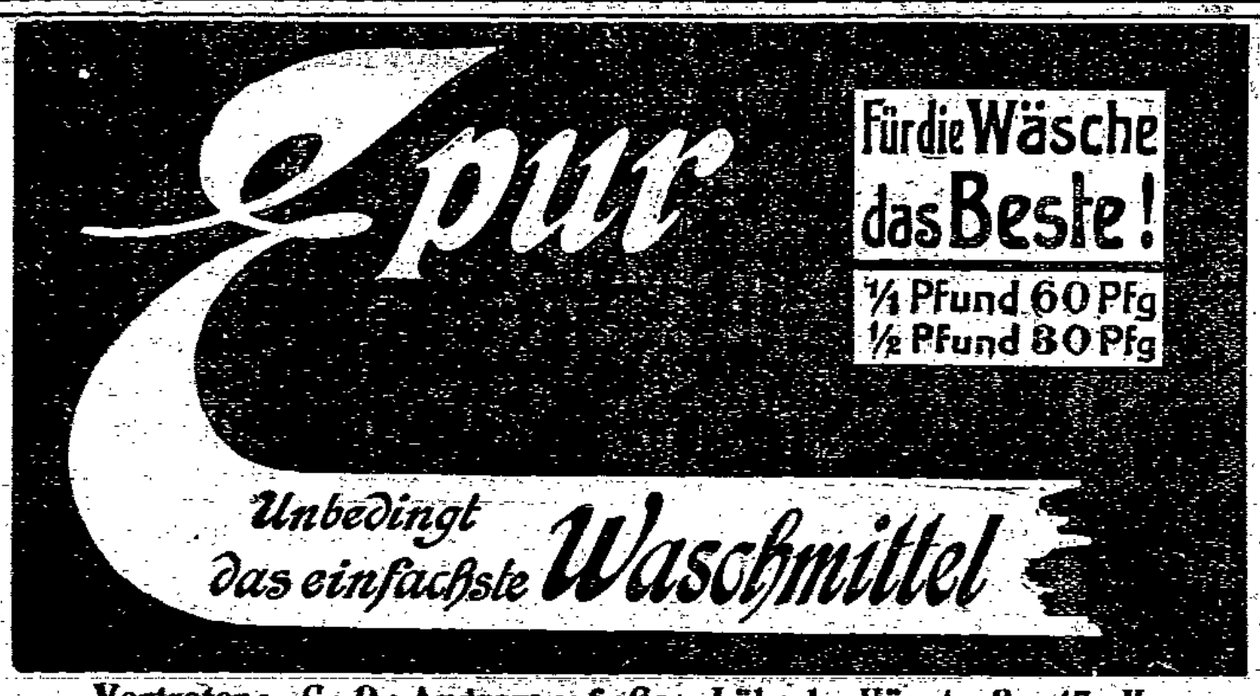
Manufakturwaren- und Kontektionsgeschäft

des Herrn **Johannes Reimers,**

Drögestraße 12a, Ecke Warendorpstraße

käuflich erworben habe. Ich werde stets bestrebt sein, nur gute und reelle Ware zu billigsten Preisen zum Verkauf zu bringen und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtend **Johann Dittmer.**



Vertreter: C. P. Andresen & Co., Lübeck, Hüxstraße 47, II.

Geschenkartikel für Weihnachten,
Hochzeiten, Jubiläen usw.
Sportprämien, Kegelpreise,
Tombola-Gewinne.

Besichtigung frei!

Kunstgewerbehaus Johs. Freyholz
Breite Strasse 53.
Täglich Neuheiten!
Wundervolle Auswahl!
Mäßige Preise!

Kunst-, Gebrauchs-, Luxus-Gegenstände, Schmucksachen, Fächer, Lederwaren, Japan- und Chinawaren.

Kronen, Ampeln, Lampen aller Art.

Den geehrten Bewohnern von Marli und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage

Bülowstraße 3
eine Klempnerei mit Ladenschäft

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, stets für prompte und reelle Arbeiten Sorge zu tragen. Indem ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll

Ernst Freitag, Klempner u. Mechaniker.

Damen- u. Kinderhüte, sowie Straußfedern ꝛc.

zu herabgesetzten Preisen.

Handschuhe, wegen Aufgabe des Artikels, zu jedem annehmbaren Preise.

Anna Füber, Wickedestr. 11a.

Als Bezugsquelle feinster

Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken etc.

empfiehlt sich die Firma

H. L. Wiegels (vorm. L. C. Bunge), Fischergrube 61.

Nur 2 Tage, Dienstag und Mittwoch, verkaufe ich mein allerfeinstes

Pflaumenmus

mit 18 Pfg. per Pfd. In braunen Hausfrauentöpfen a 5 Pfd. Mk. 1.00, a 10 Pfd. Mk. 2.00 mit Topf netto gewogen, um das Publikum von der vorzüglichen Qualität desselben zu überzeugen.

W. Böttcher, Altstraße 11. Geöffnet 9–12 und 3–8 Uhr.

Carl Folkers
Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Hasenfelle,
Kanin, Iltis, Marder, Fuchs ꝛc.,
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschwanzhaare ꝛc. ꝛc.
kauft zu höchsten Tagespreisen
L. L. Würzburg, Wahnstraße 22a.

Gelbe Eierkartoffeln, 10 Pfd. 40 Pfg., empfiehlt Depenau 13.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

General-Versammlung

am Donnerstag, dem 8. Dezember,
abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 16 des Statuts.
5. **Die Ausnahmebesteuerung der Genossenschaften in dem Lübecker Gewerbesteuer-Gesetzentwurf.**

Referent: Dr. Riehn-Altona,
Rechtsbeirat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

6. Verlesung des Revisionsberichts des Verbandsrevisors F. Vieth-Hamburg.

Eintritt nur gegen Legitimation. Mitgliedsbücher oder Karten legitimieren.

Der Aufsichtsrat.
Rob. Waldburger, Vorsitzender.